

BUNDESMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND FRAUEN



Öffentliche Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich 2001



Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen



ÖBIG

**ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR
PRÄVENTION UND
GESUNDHEITSFÖRDERUNG
IN ÖSTERREICH
2001**

Claudia Habl
Eva Schnabel
Sabine Vogler
Unter Mitarbeit von:
Ingrid Rosian-Schikuta
Adam Takacs

Wien, Dezember 2004

Im Auftrag des
Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen

Impressum:**Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:**

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF), Sektion III
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

SC MR Dr. Hubert Hrabcik, GD für öffentliche Gesundheit

Projektteam und Lektorat:

Claudia Habl, Sabine Vogler, Eva Schnabel; unter Mitarbeit von Ingrid Rosian-Schikuta und Adam Takacs; Lektorat: Johannes Treytl-Hartmann

Druck:

Kopierstelle des BMGF, Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Bestellmöglichkeiten:

Telefon: +43-1/711 00-4700 DW

E-Mail: broschuerenservice.bmgf@bmgf.gv.at

Internet: <http://www.bmgf.gv.at>

ISBN 3-900019-23-1

Diese Broschüre ist kostenlos beim Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Radetzkystraße 2, 1030 Wien, erhältlich.

Alle Rechte vorbehalten, jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

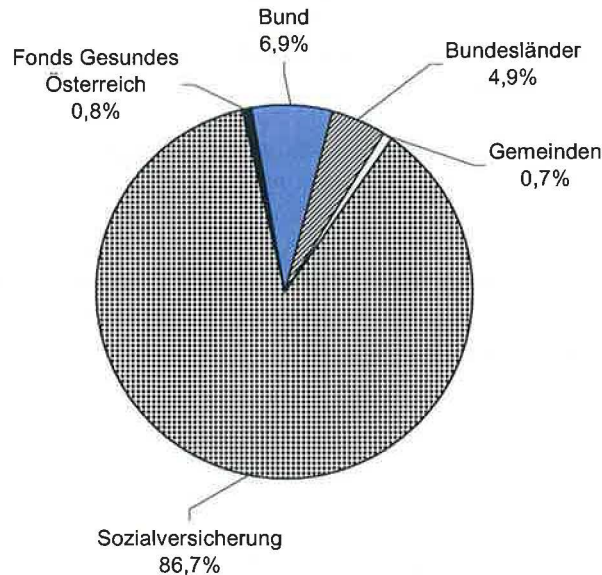
Kurzfassung

Zum zweiten Mal hat das ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) im Auftrag des Gesundheitsressorts die von der öffentlichen Hand getätigten Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich, dieses Mal für das Jahr 2001, erhoben.

Im Vergleich zur letzten Erhebung für das Jahr 1996 sind die Ausgaben um fast 31 Prozent gestiegen und betragen 2001 **€ 1,027 Milliarden**. Dieser Betrag entspricht einer jährlichen Pro-Kopf-Ausgabe für jede in Österreich wohnhafte Person von etwa € 127,-. Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften für Prävention und Gesundheitsförderung an den Gesundheitsausgaben insgesamt belief sich damit auf rund **6,3 Prozent** bzw. bezogen auf die öffentlichen Gesundheitsausgaben auf 9,2 Prozent.

Betrachtet man die Körperschaften einzeln, so tätigten im Jahr 2001 - wie die nachfolgende Abbildung illustriert - absolut gesehen die österreichischen Sozialversicherungsträger die meisten präventiven und gesundheitsförderlichen Ausgaben in Österreich.

Abbildung: Verteilung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich 2001 auf die einzelnen Körperschaften



Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

Etwas über 61 Prozent der präventiven und gesundheitsförderlichen Ausgaben der Sozialversicherung fielen dabei für medizinische Rehabilitation an. Die medizinische Rehabilitation dominierte generell die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung (PRGF-Ausgaben) im Jahr 2001: Mit € 551,2 Millionen betrug ihr Anteil an den gesamten PRGF-Ausgaben knapp 54 Prozent. Unter Vernachlässigung der Ausgaben für Rehabilitation und für andere Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufs (Tertiärprävention) wie Zuschüsse zu Selbsthilfegruppen beliefen sich die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung auf € 458,6 Millionen bzw. 2,9 Prozent der Gesundheitsausgaben (international übliche Darstellung). Im Jahr 1996 war der entsprechende Anteil bei 2,4 Prozent gelegen.

Der beschriebene Anstieg der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung ist auf eine positive Entwicklung in allen untersuchten Körperschaften - mit Ausnahme der Gemeinden, die einen Rückgang von etwa 37 Prozent zu verzeichnen hatten - zurückzuführen. Der Rückgang war zum großen Teil durch gesunkene Ausgaben der Mitglieder des

„Gesunde Städte“-Netzwerks verursacht, obwohl ihre Zahl von 23 im Jahr 1996 auf 31 im Jahr 2001 (inklusive Wien) gestiegen war. Die höchste Steigerungsrate unter den Körperschaften verzeichneten mit einer Verdoppelung ihrer Ausgaben die Bundesländer (Spitzenreiter: Salzburg und Wien).

Nach Themen betrachtet wurden neben der medizinischen Rehabilitation in Österreich die meisten Ausgaben für Vorsorgeuntersuchungen (inklusive Gesundenuntersuchungen), für Maßnahmen zur Erhöhung der Zahngesundheit, für den Mutter-Kind-Pass und für Impfungen, insbesondere im Rahmen des seit 1998 bestehenden Impfkongzeptes, getätigt. Weitere hohe Ausgaben entfielen auf schulärztliche Untersuchungen, lebensweltbezogene Gesundheitsförderung (z. B. im Setting Gemeinden oder als Angebote für bestimmte Personengruppen wie pflegende Angehörige oder Kinder und Jugendliche) und suchtpreventive Aktivitäten. Insgesamt wurden 75 Prozent aller Mittel für die genannten Aktivitäten aufgewendet.

Im Vergleich zum Jahr 1996 hatte sich 2001 die Struktur der Ausgaben geändert: Obgleich die Tertiärprävention nach wie vor dominierte, war ihr Anteil an den gesamten Ausgaben zurückgegangen. Ebenso anteilig gesunken (um drei Prozentpunkte) waren die Ausgaben für Sekundärprävention, also Maßnahmen zur Früherkennung von bestehenden Erkrankungen. Der Gewinner der geänderten Verteilung war der Leistungsbereich Primärprävention, unter den Maßnahmen zur Verhinderung von Krankheiten und zur Vermeidung von Suchterkrankungen ebenso wie Aktivitäten zur Förderung einer gesunden Lebensweise fallen. Hier fiel im Speziellen der Ausgabenanstieg für verschiedenste Bewegungsprogramme und Herz-Kreislaufprojekte auf. Eine positive Entwicklung hat auch die Gesundheitsförderung genommen.

Neben dem wachsenden gesellschaftlichen Bewusstsein für die Notwendigkeit von primärpräventiven und gesundheitsförderlichen Maßnahmen waren die Aktivitäten des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ), der seit der letzten Erhebung auf Basis des Gesundheitsförderungsgesetzes 1998 eine Ausweitung seiner Aufgaben und Finanzierung erfahren hat, mit ein Grund für die gestiegenen Ausgaben. Endgültige Aussagen über den Einfluss des FGÖ auf die Entwicklung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung können jedoch aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums noch nicht getroffen werden.

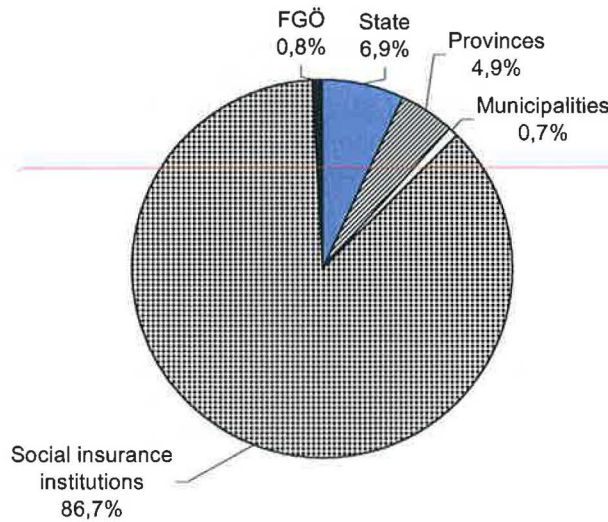
Auffällig war auch die Tendenz zur Auslagerung von Aktivitäten an verschiedene Vereine und gemeinnützige Organisationen speziell auf Gemeinde- und Länderebene (z. B. Arbeitskreise für Vorsorgemedizin in verschiedenen Bundesländern, Styria Vitalis in der Steiermark oder das Gesundheitsforum Niederösterreich), was sich durch einen gestiegenen Anteil der PRGF-Ausgaben, die als Förderungen oder Zuschüsse an derartige Einrichtungen vergeben wurden, manifestierte.

Executive Summary

ÖBIG (Austrian Health Institute) has, commissioned by the Austrian Federal Ministry of Health and Women (BMGF), surveyed public expenditure on health care prevention and health promotion in Austria in 2001, thus providing an update of an analysis of prevention and health promotion expenditure in 1996.

Compared to 1996, net expenditure has risen by 31 percent and totalled **€ 1,027 billion** in 2001. Per capita expenditure amounted to € 127,- in Austria. The share of prevention and health promotion spending amounted to **6,3 percent** of Austrian total health expenditure and 9,3 percent in terms of public health expenditure.

Figure: Public health care prevention and health promotion expenditure in Austria in 2001, by administrative bodies



FGÖ = Fund for a healthy Austria

Source: ÖBIG

By administrative bodies (state, provinces, municipalities, social insurance and the Fund for a healthy Austria, FGÖ), Austrian social insurance institutions spent the largest sum in absolute terms (cf. the figure above). About 61 percent of social insurance preventive expenditure was spent on medicinal rehabilitation.

In general, 2001 prevention and health promotion expenditure was dominated by medicinal rehabilitation: With expenses of € 551,2 million, rehabilitation totalled 54 percent of total prevention and health promotion expenditure.

Except for expenses on rehabilitation and other tertiary prevention (i.e. measures delaying the course of an illness) like subsidising self-help associations, public prevention and health promotion expenditure amounted to € 458,6 million, equalling 2,9 percent of total health expenditure. In 1996, this share was 2,4 percent.

The reason for the outlined growth in health promotion and prevention expenditure was a rise in expenditure in all surveyed administrative bodies except municipalities. Municipalities expenditure on health care prevention and health promotion in 2001 has dropped by

37 percent compared to 1996. This decline was mainly caused by a reduction in spending on behalf of the members of the Austrian "Healthy Communities" network. Even if the number of network members had risen from 23 in 1996 to 31 (including Vienna) in 2001, their health promotion and prevention spending had declined significantly, mainly due to budgetary restrictions.

By administrative bodies, Austrian provinces displayed the largest increase in spending, having doubled their expenditure compared to 1996, the leading provinces being Vienna and Salzburg.

With regard to measures, most money was, besides medicinal rehabilitation, spent on preventive medical examinations (including medical check-ups paid by social insurance institutions), oral health promotion, the Mother-Child passport (enabling examinations for the pregnant mother and the child) and vaccinations. A major amount of spending also went into medical examinations in schools, into health promotion in special settings (municipalities, companies etc.) or for special groups (teenagers, persons taking care of sick relatives) and into addiction prevention. 75 percent of total expenditure was spent on the measures mentioned.

Comparing 2001 to 1996, the pattern of expenditure has changed: Although tertiary prevention still dominated, its share on total expenditure had dropped. A decline (by 3 percentage points) could also be noticed at activities for the early diagnosis of illnesses (so called secondary prevention) like screenings. On the contrary, the share of primary prevention expenditure (e.g. addiction prevention, avoidance of illnesses or activities for a healthier lifestyle) and of health promotion expenditure developed positively. A rise was especially observed at various exercise and fitness programs as well as at cardiovascular projects.

The main reasons behind the growth in expenditure were growing public pressure on providing prevention and health promotion and activities set by the 1998 newly endowed Fund for a healthy Austria (FGÖ). However, the role of FGÖ and its influence on preventive spending patterns of Austrian administrative bodies cannot be assessed thoroughly yet.

Noticeable was the trend to outsource preventive activities formerly performed by municipalities and provinces and to transfer them to local non-profit-organisations and private associations. Such organisations are, for example, "Styria Vitalis" in the province of Styria, the "Lower Austrian Health Forum" and various "Working Committees on Preventive Medicine" in several provinces.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Hintergrund.....	1
1.2	Zielsetzung	2
1.3	Methodik.....	2
1.3.1	Definition.....	2
1.3.2	Erhebung.....	3
1.3.3	Daten	4
2	Ergebnisse	5
2.1	Ausgaben 2001.....	5
2.1.1	Übersicht.....	5
2.1.2	Leistungsbereiche	7
2.1.3	Themen	15
2.2	Entwicklung 1996 bis 2001.....	16
2.2.1	Übersicht.....	16
2.2.2	Leistungsbereiche	17
2.2.3	Themen	19
3	Resümee	21
3.1	Analyse	21
3.1.1	Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt.....	21
3.1.2	Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung im Verhältnis zur Bevölkerung.....	22
3.2	Schlussfolgerungen	22
	Literaturverzeichnis	24
	Anhang	

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Körperschaften 2001	6
Abbildung 2.2: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen 2001	7
Abbildung 2.3: Österreich - Themenschwerpunkte der Prävention und Gesundheitsförderung 2001	16
Abbildung 2.4: Österreich - Entwicklung der Struktur der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 1996 - 2001	19

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 2001... 5	5
Tabelle 2.2: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen und Themen 2001	9
Tabelle 2.3: Österreich - Entwicklung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 1996 - 2001	17
Tabelle 2.4: Österreich - Entwicklung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen 1996 - 2001	18
Tabelle 3.1: Österreich - Anteil der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung an den öffentlichen Gesundheitsausgaben, an den Gesundheitsausgaben insgesamt und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2001	21

Abkürzungsverzeichnis

AKS	Arbeitskreis für Vorsorge und Sozialmedizin (Vorarlberg)
Avomed	Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (Tirol)
AVOS	Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (Salzburg)
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
BBSUA	Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMGF	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
BMSG	vormals Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (2003 in Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz und BMGF unterteilt), inzwischen Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
EU	Europäische Union
FGÖ	Fonds Gesundes Österreich
FLAF	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
GF	Gesundheitsförderung / gesundheitsfördernd
HVSVT	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
NPO	Nicht gewinnorientierte Organisationen
ÖBIG	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen
PP	Primärprävention
PRGF	Prävention und Gesundheitsförderung
SP	Sekundärprävention
TP	Tertiärprävention
WHO	Weltgesundheitsorganisation

1 Einleitung

Das ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen) wurde von der Abteilung für Prävention und Gesundheitsförderung am BMGF (Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) beauftragt, die Ausgaben zu erheben, welche von der öffentlichen Hand im Jahr 2001 für Prävention und Gesundheitsförderung getätigt wurden. Der Endbericht wurde vom ÖBIG im Juli 2004 fertiggestellt.

Erscheinungsdatum der vorliegenden auf diesem Endbericht aufbauenden Publikation mit dem Titel „Öffentliche Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich 2001“ ist der Dezember 2004. In dieser Publikation werden die Ergebnisse der Erhebung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2001 im Vergleich zu jenen des Jahres 1996 global für die öffentlichen Körperschaften präsentiert. Begleitend veröffentlichte das ÖBIG eine Expertenfassung, in der die Ausgabendaten auf der Ebene der untersuchten Körperschaften Bund, Bundesländer, Gemeinden, Sozialversicherung und Fonds Gesundes Österreich dargestellt und analysiert werden. Die Expertenfassung kann beim ÖBIG (vgl. <http://www.oebig.at> → Publikationen) bezogen werden.

1.1 Hintergrund

In den Jahren 1997 bis 1999 erhob und analysierte das ÖBIG im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Ausgaben der öffentlichen Hand für Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 1996. Mit dieser Untersuchung, welche die öffentlichen Körperschaften Bund (ÖBIG 1999a), Bundesländer (ÖBIG 1998), Gemeinden (ÖBIG 1999b) und Sozialversicherung (ÖBIG 1999c) umfasste, leistete das ÖBIG Pionierarbeit, da erstmals für Österreich die Aufwendungen der öffentlichen Hand für präventive und gesundheitsfördernde Leistungen erhoben wurden.

In der Publikation „Präventionsausgaben. Öffentliche Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich“ (ÖBIG 2001), welche die Ergebnisse zusammenfasst, empfiehlt das ÖBIG eine Folgerhebung, um die Leistungen der Prävention und Gesundheitsförderung und die dafür aufgewandten Mittel weiterhin zu beobachten.

Seit dem Untersuchungszeitraum der vorangegangenen Erhebung (das Jahr 1996) fanden in Österreich einige für die Prävention und Gesundheitsförderung relevante Entwicklungen statt: Im Jahr 1998 wurde das Bundesgesetz über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information (Gesundheitsförderungsgesetz) verabschiedet, das Initiativen zur Erhaltung, Förderung und Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung im ganzheitlichen Sinn sowie zur Aufklärung und Information über vermeidbare Krankheiten und Gesundheitsfaktoren zum Gegenstand hat. Mit der Durchführung von Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele wurde der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) betraut, dem dafür jährliche Finanzmittel in der Höhe von € 7,27 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesem Grunde wurden bei der Erhebung der Präventions- und Gesundheitsförderungsausgaben im Rahmen der gegenständlichen Studie zusätzlich auch die Aufwendungen des Fonds Gesundes Österreich untersucht, dem in Folge der Neupositionierung auf Basis des Gesundheitsförderungsgesetzes eine wichtige Aufgabe in der Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich zukommt.

1.2 Zielsetzung

Die vorliegende Studie „Öffentliche Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich 2001“ hatte zum Ziel,

- die Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Bundesländer, Gemeinden, Sozialversicherung und FGÖ) für Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2001 zu erheben und
- den Ausgabendaten für das Jahr 1996 gegenüberzustellen.

1.3 Methodik

1.3.1 Definition

Unter Prävention und Gesundheitsförderung werden Strategien der Verbesserung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und somit der Vermeidung oder Verringerung von Krankheit und von kurativen Maßnahmen bezeichnet. Dabei wird Gesundheit - entsprechend der Definition der WHO - als umfassendes physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden verstanden.

Im Rahmen der vorangegangenen Untersuchung für das Jahr 1996 wurden die Begriffe Prävention und Gesundheitsförderung geklärt und angewandt. Im Sinne einer Kontinuität werden in der vorliegenden Studie Prävention und Gesundheitsförderung analog zur Vorläuferstudie definiert.

Prävention

- Primärprävention beinhaltet Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen oder von gesundheitsschädigendem Verhalten.
Innerhalb der Primärprävention wird in der Folge zwischen drei Maßnahmenbereichen unterschieden:
 - Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten
 - Vermeidung von Suchtkrankheiten
 - Verhütung übertragbarer Krankheiten
- Sekundärprävention umfasst Maßnahmen zur Früherkennung von bestehenden Erkrankungen oder von Risiken.
- Tertiärprävention bezieht sich auf Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufes, Vermeidung von Rückfällen und Verringerung von Folgeschäden.

Gesundheitsförderung

Unter Gesundheitsförderung werden Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, die Lebenswelt und die Lebenssituation von Bevölkerungsgruppen zu verbessern, wie es beispielsweise im Setting „Gesunde Gemeinden“ geschieht.

Weiters wurde für die vorangegangene und für die vorliegende Untersuchung als Abgrenzungskriterium herangezogen, dass Prävention und Gesundheitsförderung primärer Zweck der untersuchten Maßnahmen sein müssen. Infolgedessen wurden Aktivitäten nicht berücksichtigt, die sich zwar positiv auf die Gesundheit auswirken, deren primäre Zielsetzung jedoch nicht in der Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit liegt, wie beispielsweise der Ausbau von Rad- und Wanderwegen, Jugendzentren, Erholungsaktio-

nen, Abfallentsorgung und Umweltschutzmaßnahmen. Die Zuordnung der Maßnahme erfolgt nach der Hauptzielsetzung.

1.3.2 Erhebung

Um eine Vergleichbarkeit mit den Daten des Jahres 1996 zu gewährleisten, wurde bei der Erhebung der im Jahr 2001 für Prävention und Gesundheitsförderung angefallenen Ausgaben des Bundes, der Bundesländer, der Gemeinden und der Sozialversicherung die gleiche Vorgehensweise wie bei der vorangegangenen Untersuchung gewählt. Demnach führte das ÖBIG eine Vollerhebung bei allen Ressorts der Bundesministerien, bei allen Landesregierungen und bei den Mitgliedern des „Gesunde Städte“-Netzwerks sowie eine Stichprobenerhebung bei den weiteren 2.328 österreichischen Gemeinden (ohne Wien, da bei der Bundesländererhebung miterfasst) durch.

Die in der gegenständlichen Studie dargestellten Ausgaben der Sozialversicherung für Prävention und Gesundheitsförderung basieren wie bei der Vorläuferstudie auf der vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (HVSVT) jährlich erstellten Präventionsbilanz. Diese wurde dem ÖBIG übermittelt und im Rahmen von mehreren Gesprächen mit Vertretern des HVSVT diskutiert und die Zuordnung der Inhalte zu den definierten Leistungsbereichen abgeklärt.

Da der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) auf der Grundlage des Gesundheitsförderungsgesetzes 1998 neu positioniert wurde (vgl. Abschnitt 1.1), wurden im Gegensatz zur Untersuchung des Jahres 1996 zusätzlich die Ausgaben des FGÖ erhoben. Dies erfolgte mittels eines eigens für den FGÖ konzipierten Fragebogens, der zum einen der Struktur der Fragebögen der übrigen Körperschaften folgt, zum anderen die Spezifika des FGÖ berücksichtigt.

Die Erhebungen bei allen Körperschaften basierten auf der vorgenommenen Definition für Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention und Gesundheitsförderung (vgl. Punkt 1.3.1). Als Instrument für die Erhebung der Ausgaben des Bundes, der Bundesländer und der Gemeinden wurde der Fragebogen gewählt. Die Fragebögen für die drei Körperschaften sind im Wesentlichen identisch und entsprechen jenen, die für die Untersuchungen der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung für das Jahr 1996 entwickelt wurden. Es wurden lediglich geringfügige Anpassungen bzw. Ergänzungen, welche aus den Erfahrungen bei der Vorläuferstudie gewonnen worden waren, vorgenommen. Grundsätzlich wurde bei der Entwicklung der Fragebögen auf Vergleichbarkeit geachtet, einerseits in Hinblick auf die vorangegangene Untersuchung und andererseits zwischen den Körperschaften.

In den Fragebögen wird einleitend der Erhebungsgegenstand dargestellt, die Begriffe Prävention und Gesundheitsförderung geklärt sowie nach der Anzahl der Personen, die in der jeweiligen Körperschaft mit Angelegenheiten von Prävention und Gesundheitsförderung befasst sind, gefragt. Die Fragebögen gliedern sich in die Bereiche Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sowie Gesundheitsförderung. Pro Leistungsbereich wurden die Ausgaben und Einnahmen zu bestimmten Themen wie beispielsweise Bewegung, Ernährung, Impfungen und Rehabilitation erhoben. Ergänzend wurde um die Angabe der Förderungsanteile und Förderungsempfänger, der Art der Aktivitäten sowie des Trägers gebeten. Ein Musterexemplar des Fragebogens für die Erhebung der Ausgaben der Bundesländer für Prävention und Gesundheitsförderung findet sich im Anhang.

Im Mai 2003 wurden die Fragebögen an alle Sektionen aller Bundesministerien, an die Landessanitätsdirektoren und Landessanitätsdirektorinnen sowie an die Landesräte und Landesrätinnen für Gesundheit und Soziales aller neun Bundesländer und an die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der 456 Stichprobengemeinden und der 30 „Gesunden Städte“ ausgesandt. Die beantworteten Fragebögen langten bis zum Herbst 2003 ein. Bei den Gemeinden der Stichprobe betrug der Rücklauf 49 Prozent, ansonsten konnte mittels

Urgenzen und Nachrecherchen eine Vollständigkeit der Erhebung erreicht werden. Während der Auswertungen ergaben sich weitere Fragen, die Nachrecherchen bis ins Jahr 2004 hinein erforderlich machten.

1.3.3 Daten

Als grundsätzliches Problem stellte sich heraus, dass die Personalaufwendungen für Aktivitäten der öffentlichen Hand nicht berücksichtigt werden konnten. Eine Abschätzung der Personalanzahl, die mit Angelegenheiten von Prävention und Gesundheitsförderung befasst ist, wurde nur von den Bundesländern geliefert. Da aber von den anderen Körperschaften diese Angaben nicht bzw. nur eingeschränkt zur Verfügung gestellt werden konnten, wurde im Sinne der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit von einer Abschätzung der Personalkosten für 2001 abgesehen.

Die erstmalige Erhebung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 1996 stellte eine Pionierleistung dar, die einen wesentlichen Grundstock für die vorliegende Studie bildete. Bei der Untersuchung der Ausgabendaten für das Jahr 2001 konnte darauf aufgebaut werden. Unter Anwendung der erarbeiteten Definitionen wurde der gleichen Struktur wie bei der Vorläuferstudie gefolgt; lediglich in einem Fall entschied sich das Team aus inhaltlichen Gründen für eine Neuerung: Im Sinne moderner Präventionsarbeit werden die Ausgaben für Alkohol, Drogen und Rauchen nicht mehr getrennt ausgewiesen, sondern gesammelt unter Suchtprävention zusammengefasst.

Auf der Ebene der untersuchten Körperschaften sind in Bezug auf die Qualität der Daten folgende Punkte zu beachten:

- Ein Vergleich der Jahre 1996 und 2001 auf der Ebene der einzelnen Bundesministerien kann wegen der Kompetenzverschiebungen bei den Ressorts nicht durchgeführt werden. Weiters hatten auch zwischen dem Jahr 2001, auf das sich die erhobenen Daten beziehen, und 2003, dem Zeitpunkt der Erhebung, Kompetenzverschiebungen stattgefunden, was in einigen Fällen den ausfüllenden Stellen eine umfassende Beantwortung erschwerte.
- Bei den Bundesländern gibt es Lücken bei den Ausgaben der Krankenanstalten, die einerseits die Fragebögen nur zum Teil retournierten und andererseits Leistungen im Bereich von Prävention und Gesundheitsförderung angaben, wie beispielsweise Hygienemaßnahmen, diese aber nicht monetär bewerten konnten. Daneben fehlen teilweise Angaben über die Ausgaben für den jugendpsychologischen Beratungsdienst, da eine Zuordnung zu Beratungstätigkeiten bzw. zu Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen nicht von Seiten aller Bundesländer durchführbar war.
- Da bei der Rehabilitation nur die medizinische und nicht die soziale und berufliche Rehabilitation berücksichtigt wurde, erfolgte eine Bereinigung der Daten auf der Ebene der Bundesländer für das Jahr 1996.
- Die ausgefüllten Fragebögen der Gemeinden wiesen einen höchst unterschiedlichen Detaillierungsgrad auf und wichen teilweise auch stark von den Angaben bei der vorangegangenen Erhebung ab. Speziell bei der Zuordnung der Ausgaben zu den einzelnen Leistungsbereichen gab es große Unterschiede, die bei der elektronischen Erfassung der Daten zum Teil bereinigt wurden. Die Berechnung der gesamten Präventions- und Gesundheitsförderungsausgaben der österreichischen Städte und Gemeinde erfolgte mittels eines speziellen Hochrechnungsverfahrens auf Basis der Ergebnisse der Stichprobengemeinden und unter Einbeziehung der Ergebnisse der Vollerhebung in den „Gesunden Städten“.
- Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben tätigte der Fonds Gesundes Österreich ausschließlich Ausgaben in den Leistungsbereichen Primärprävention und Gesundheitsförderung. Bei der Aufbereitung der Daten wurde dieser Systematik gefolgt.

2 Ergebnisse

2.1 Ausgaben 2001

2.1.1 Übersicht

Im Jahr 2001 wurden in Österreich vom Bund, von den Bundesländern, von den Gemeinden, von der Sozialversicherung und vom FGÖ insgesamt rund € 1,068 Milliarden für Prävention und Gesundheitsförderung ausgegeben. Bereinigt um die Transfers zwischen den Körperschaften und um Erlöse wie beispielsweise Kostenbeiträge und Gebühren beliefen sich die sogenannten Nettoausgaben auf rund € 1,027 Milliarden bzw. € 127,30 pro Kopf der Bevölkerung. Da eine Darstellung von Ausgaben für Tertiärprävention in internationalen Vergleichen unüblich ist, zeigt Tabelle 2.1 eine differenzierte Darstellung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung sowohl mit als auch ohne Berücksichtigung der Tertiärprävention. Demnach betragen die Nettoausgaben unter Abzug der Tertiärprävention, das heißt Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufs, Vermeidung von Rückfällen und Verringerung von Folgeschäden, rund € 465 Millionen bzw. € 57,64 pro Kopf der Bevölkerung.

Tabelle 2.1: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 2001

Körperschaften	Ausgaben (in €)		Nettoausgaben ¹ (in €)		Nettoausgaben pro Kopf der Bevölkerung ² (in €)	
	mit TP	ohne TP	mit TP	ohne TP	mit TP	ohne TP
Bund	74.838.924	68.406.309	70.599.675	64.167.060	8,8	8,0
Bundesländer	56.611.634	45.212.954	50.570.613	40.497.284	6,3	5,0
Gemeinden	8.600.471	8.154.097	7.355.185	6.919.647	0,9	0,9
Sozialversicherung ³	920.636.100	375.736.100	890.474.173	345.574.173	110,4	42,9
Fonds Gesundes Österreich ⁴	7.731.849	7.731.849	7.731.849	7.731.849	1,0	1,0
Gesamt	1.068.418.978	505.241.309	1.026.731.494	464.890.012	127,3	57,6

TP = Tertiärprävention

¹ Die Nettoausgaben sind die Ausgaben abzüglich Transfers (Transaktionen zwischen Körperschaften) und ohne sonstige Erlöse (z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse).

² Volkszählung 2001

³ einschließlich nicht zuteilbarer Ausgaben in der Höhe von € 207,6 Mio., das sind Ausgaben für Prävention im niedergelassenen Bereich

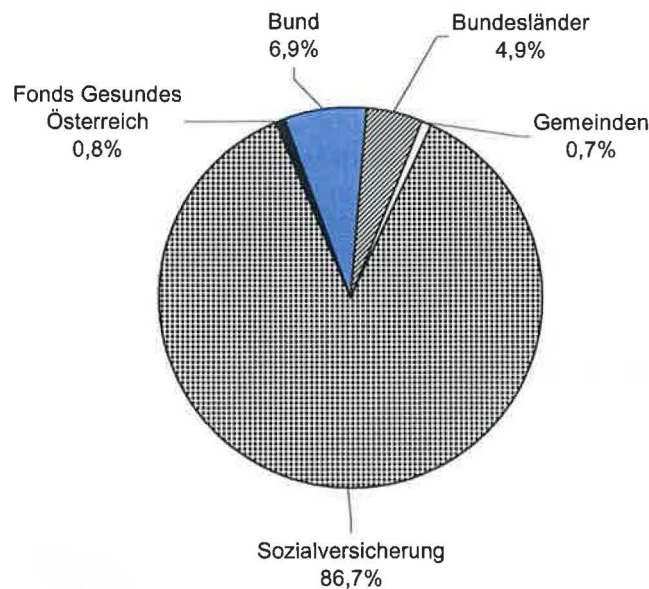
⁴ Auf Grund des gesetzlich vorgegebenen Auftrags fallen die Ausgaben des Fonds Gesundes Österreich ausschließlich in den Leistungsbereichen Primärprävention und Gesundheitsförderung an.

Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die Nettoausgaben.

Abbildung 2.1 zeigt die Verteilung der Nettoausgaben (einschließlich der Tertiärprävention) nach den fünf untersuchten Körperschaften.

Abbildung 2.1: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Körperschaften 2001



Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

87 Prozent der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2001 (das sind über € 890 Millionen) wurden von der Sozialversicherung getätigt, etwas über 61 Prozent davon für medizinische Rehabilitation. Die jeweiligen Anteile des Bundes mit sieben Prozent und jener der Bundesländer mit fünf Prozent waren im Vergleich zum Anteil der Sozialversicherung gering. Knapp zwei Drittel der Ausgaben des Bundes trug das BMGF, 47 Prozent der Bundesländerausgaben entfielen auf Wien. Die Ausgaben der Gemeinden bzw. des FGÖ beliefen sich 2001 hingegen auf unter ein Prozent der gesamten Aufwendungen für Prävention und Gesundheitsförderung. Auch ohne Berücksichtigung der Tertiärprävention würden drei Viertel der Gesamtausgaben auf die Sozialversicherung entfallen. Der Anteil der anderen Körperschaften würde entsprechend höher ausfallen.

17 Prozent der gesamten Ausgaben des Bundes und mehr als die Hälfte der gesamten Länderausgaben wurden als Förderungen an Vereine, NPOs und Bildungseinrichtungen vergeben. In Burgenland, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg wurden die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung sogar zur Gänze für Förderungen aufgewendet. Ebenso flossen etwas über 50 Prozent der aufgewendeten Gemeindemittel als Förderungen an Vereine, gemeinnützige Einrichtungen und Selbsthilfegruppen. Vom FGÖ wurden rund € 3,207 Millionen, das sind 42 Prozent der Gesamtausgaben, für die Förderung wissenschaftlicher und praxisorientierter Projekte aufgewendet. Die Sozialversicherung wies keine Förderungen aus.

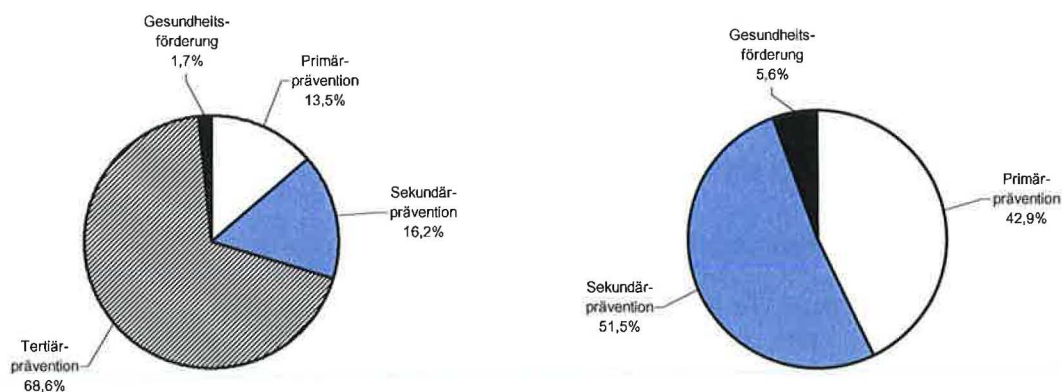
Die Bundesländer lukrierten - hauptsächlich in der Primär- und Sekundärprävention wie beispielsweise für schulärztliche Untersuchungen, Suchtprävention und Zahngesundheitsmaßnahmen - Einnahmen in der Höhe von € 6,041 Millionen, was elf Prozent der Brutto-Ausgaben entsprach. Bei den erzielten Einnahmen der Sozialversicherung in der Höhe von € 30,162 Millionen (etwa drei Prozent der gesamten Ausgaben) handelte es sich um Transferleistungen des Bundes für die Bereiche Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, Jugendlichenuntersuchungen und Gesundenuntersuchungen. Die Einnahmen der Gemeinden setzten sich aus Förderungen vom Bund und den jeweiligen Landesregierungen (z. B. für TBC-Vorsorge, Suchtprävention und schulärztliche Untersuchungen) sowie aus Kursbeiträgen, Gebühren und Sponsorengeldern zusammen. Der FGÖ erhielt Transfers aus-

schließlich vom Bund, weitere Einnahmen umfassten EU-Mittel und sonstige Erlöse aus beispielsweise Kursbeiträgen. Der Bund konnte auf keine Einnahmen von Seiten der anderen Körperschaften verweisen.

2.1.2 Leistungsbereiche

In den folgenden Ausführungen werden die im Jahr 2001 getätigten Ausgaben aller Körperschaften für Prävention und Gesundheitsförderung für die Leistungsbereiche Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sowie Gesundheitsförderung im Detail dargestellt. Die Daten sind in Tabelle 2.2 aufbereitet. Im Sinne der internationalen Vergleichbarkeit wird die Aufteilung der Ausgaben auf die Leistungsbereiche in Abbildung 2.2 sowohl mit als auch ohne Berücksichtigung der Tertiärprävention betrachtet.

Abbildung 2.2: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen 2001^{1, 2}



¹ ohne Berücksichtigung der nicht auf Leistungsbereiche zuteilbaren Ausgaben der Sozialversicherung

² inklusive und exklusive Tertiärprävention

Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

Berücksichtigt man bei der Verteilung der Ausgaben auf die Leistungsbereiche auch die Tertiärprävention, entfielen 2001 von den gesamten Ausgaben, jedoch ohne Ausgaben für nicht zuteilbare Ausgaben der Sozialversicherung, etwa 69 Prozent bzw. rund € 561,841 Millionen auf die Tertiärprävention, das heißt primär auf die medizinische Rehabilitation. Der Anteil der Ausgaben für die Sekundärprävention lag mit rund € 132,577 Millionen (16 Prozent) etwas über jenem der Primärprävention mit rund € 110,373 Millionen (14 Prozent). Wenngleich die Ausgaben der Gesundheitsförderung mit rund € 14,341 Millionen bzw. etwa zwei Prozent der Gesamtausgaben verhältnismäßig gering waren, sei darauf hingewiesen, dass die Ausgaben für diesen Leistungsbereich zwischen 1996 und 2001 stark angestiegen sind (vgl. Punkt 2.2.2).

Werden die Ausgaben für Tertiärprävention nicht berücksichtigt, so entfallen etwas mehr als die Hälfte auf Maßnahmen der Sekundärprävention und rund 43 Prozent auf primärpräventive Aktivitäten. Der Anteil der Gesundheitsförderung liegt auch bei dieser Betrachtung bei rund sechs Prozent.

Primärprävention

Im Jahr 2001 wurden vom Bund, von den Bundesländern, von den Gemeinden, von der Sozialversicherung und vom FGÖ insgesamt € 110,373 Millionen für Leistungen der Primärprävention, das heißt für Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen und gesundheitsschädigendem Verhalten, ausgegeben. Bei der Erhebung wurden die primärpräventiven Aktivitäten drei Maßnahmenbereichen zugeordnet:

- Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten (Primärprävention 1)
- Vermeidung von Suchtkrankheiten (Primärprävention 2)
- Verhütung übertragbarer Krankheiten (Primärprävention 3)

63 Prozent der Ausgaben für Primärprävention, das sind rund € 69,428 Millionen, entfielen auf Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten. Etwas weniger als ein Drittel der primärpräventiven Ausgaben, und zwar rund € 32,532 Millionen, wurden für die Verhütung übertragbarer Krankheiten aufgewendet. Zur Vermeidung von Suchterkrankungen wurden insgesamt rund € 8,413 Millionen im Jahr 2001 ausgegeben.

Bei der Sozialversicherung, den Gemeinden und dem FGÖ entfiel der höchste Ausgabenanteil auf die Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten und reichte von 69 bis 85 Prozent bezogen auf die gesamten primärpräventiven Ausgaben der jeweiligen Körperschaft. Dagegen lag beim Bund und bei den Bundesländern der Schwerpunkt auf der Verhütung übertragbarer Krankheiten, wofür zwischen 44 und 58 Prozent der Gesamtausgaben für Primärprävention ausgegeben wurden. Mit Ausnahme des FGÖ, wo der Anteil für Maßnahmen zur Vermeidung von Suchtkrankheiten (z. B. Förderungen an Fachstellen für Suchtprävention) überdurchschnittlich hoch ist, fiel bei allen Körperschaften der geringste prozentuelle Anteil der Primärprävention auf die Vermeidung von Suchterkrankungen.

Die Pro-Kopf-Ausgaben für Primärprävention beliefen sich auf insgesamt € 13,68. Die höchsten Ausgaben pro Kopf verzeichnete die Sozialversicherung mit € 7,22, gefolgt von den Bundesländern mit € 3,39 und dem Bund mit € 2,38. Die Gemeinden und der Fonds Gesundes Österreich wiesen die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben in der Primärprävention aus.

Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten

Drei Viertel der gesamten Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. zur Verhinderung von Krankheiten entfielen auf das Thema Zahngesundheit, konkret € 52,490 Millionen, wobei rund 94 Prozent dieser Ausgaben von der Sozialversicherung getragen wurden. Die Ausgaben der Sozialversicherung dienten der Finanzierung der Zahngesundheitsförderung in Kindergärten und Schulen, Zahngesundheitstage, etc. und aus präventiven Leistungen in der Zahnmedizin wie beispielsweise Zahnsteinentfernung. Etwa 24 bzw. 17 Prozent der Ausgaben der Bundesländer bzw. der Gemeinden zur Förderung einer gesunden Lebensweise waren der Zahngesundheit gewidmet. Von den Bundesländern wurden insgesamt rund € 2,230 Millionen für Zahngesundheit ausgegeben, wobei der Anteil im Burgenland, in Niederösterreich, in Tirol und insbesondere in Oberösterreich (€ 1,054 Millionen Förderungen an den Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit) überdurchschnittlich hoch war.

Tabelle 2.2: Österreich - Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen und Themen 2001

Leistungsbereiche/Themen	Ausgaben ¹ (in €)	davon:				
		Bund ²	Bundesländer	Gemeinden	Sozialversicherung	FGÖ
Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten (Primärprävention 1)						
Bewegung	1.802.291	33.862	688.565	1.047.800	-	32.063
Ernährung	758.387	40.468	510.467	38.627	-	168.825
Zahngesundheit	52.489.624	154.195	2.230.196	561.211	49.500.000	44.022
Herz-Kreislauf	657.133	460	591.477	51.911	-	13.285
Krebsprävention	546.008	-	83.764	37.472	-	424.773
Psychologische Beratung	7.023.938	5.357.819	913.097	660.895	-	92.127
Gesundheit von Mutter/Kind	3.424.228	-	2.680.808	697.839	-	45.580
Erste Hilfe ³	18.525	-	-	18.525	-	-
Sonstiges	2.707.762	704.132 ⁴	1.748.863 ⁵	196.678 ⁶	-	58.090 ⁷
Summe PP 1	69.427.896	6.290.936	9.447.238	3.310.958	49.500.000	878.765
Vermeidung von Suchtkrankheiten (Primärprävention 2)						
Summe PP 2	8.412.597	1.794.826	5.738.247	512.031	-	367.492
Verhütung übertragbarer Krankheiten (Primärprävention 3)						
Impfungen	23.140.555	6.979.018	7.140.739	320.799	8.700.000 ⁸	.
TBC	6.133.060	1.410.832	4.599.279	122.949	-	
AIDS	3.103.448	2.681.301	330.372	67.917	-	23.858
Sonstiges	155.146	-	63.279	91.867	-	
Summe PP 3	32.532.209	11.071.151	12.133.668	603.532	8.700.000	23.858
Primärprävention	110.372.701	19.156.913	27.319.153	4.426.521	58.200.000	1.270.115
Früherkennung von bestehenden Erkrankungen (Sekundärprävention)						
Mutter-Kind Pass	43.040.301	28.593.020	260.302 ⁹	-	14.186.979	-
Neugeborenenenscreening	622.123	521.000	101.123	-	-	-
Schulärztliche Untersuchungen	15.507.331	11.240.367	3.460.811 ¹⁰	806.153	-	-
Seh- und Hörtests	740.294	13.469	472.293	254.532	-	-
Jugendlichenuntersuchungen	2.959.588	1.479.794	- ¹¹	-	1.479.794	-

Tabelle 2.2 / Fortsetzung

Leistungsbereiche/Themen	Ausgaben ¹ (in €)	davon:				
		Bund ²	Bundesländer	Gemeinden	Sozialversicherung	FGÖ
Früherkennung von bestehenden Erkrankungen (Sekundärprävention)						
Krebsfrüherkennung	334.628	-	333.887	741	-	-
Sonstige Vorsorgeuntersuchungen (vor allem Gesundenuntersuchungen)	61.530.241	93.545	3.689.491 ¹¹	139.805	57.607.400	-
Sonstiges	7.842.124	2.604.781	2.487.892	49.451	2.700.000	-
Sekundärprävention	132.576.631	44.545.976	10.805.800	1.250.683	75.974.173	-
Verzögerung des Krankheitsverlaufs (Tertiärprävention)						
Rehabilitation	551.187.130	5.315.473	906.390	65.267	544.900.000	-
Patienteninformation	2.647.204	-	2.609.371	37.833	-	-
Selbsthilfegruppen	776.953	141.713	501.933	133.306	-	-
Sonstiges	7.230.195	975.429 ¹²	6.055.634 ¹³	199.132	-	-
Tertiärprävention	561.841.482	6.432.615	10.073.329	435.538	544.900.000	-
Gestaltung der Lebensart von Bevölkerungsgruppen (Gesundheitsförderung)						
Gesunder Kindergarten	332.031	-	265.832	16.417	-	49.781
Gesunde Schule	873.562	337.394 ¹⁴	344.557	15.270	-	176.340 ¹⁵
Gesunde Gemeinde / Stadt	1.656.735	-	582.323	1.048.126	-	26.285
Gesundheitsförderndes Krankenhaus	1.013.824	94.110	812.928	104.591	-	2.195
Gesundheitsfördernder Betrieb	638.723	32.668	131.364	41.214	-	433.477
GF für pflegende Angehörige	449.886	-	-	-	-	449.886
GF für bestimmte Personengruppen ¹⁶	457.186	-	-	-	-	457.186
Kampagnen	3.265.971	-	-	-	-	3.265.971 ¹⁷
Sonstiges	1.852.763	-	235.326	16.824	-	1.600.613 ¹⁸
Gesundheitsförderung	14.340.679	464.172	2.372.330	1.242.443	3.800.000	6.461.734
Nicht zuteilbare Ausgaben	-	-	-	-	207.600.000	-
GESAMT mit TP	1.026.731.494	70.599.675	50.570.613	7.355.185	890.474.173	7.731.849
GESAMT ohne TP	464.890.012	64.167.060	40.497.284	6.919.647	345.574.173	7.731.849

FGÖ = Fonds Gesundes Österreich, GF = Gesundheitsförderung, PP = Primärprävention, SP = Sekundärprävention, TP = Tertiärprävention

Tabelle 2.2 / Fortsetzung

Aufgrund von internen Rundungen können sich geringfügige Abweichungen bei der Summenbildung ergeben.

- ¹ Ausgaben abzüglich Transfers und sonstige Erlöse (Nettoaussgaben) und ohne Personalaufwendungen
- ² Die Ausgaben des Bundes für die Förderung des Fonds Gesundes Österreich sind ausschließlich in den Angaben des Fonds Gesundes Österreich enthalten.
- ³ Unter dieser Position sind auch andere Kurse, wie beispielsweise Selbstverteidigungskurse, subsumiert.
- ⁴ In diesem Sammelposten sind einem bestimmten Thema nicht zuordenbare Ausgaben für Arbeitsmedizin in der Höhe von € 419.872,- enthalten.
- ⁵ Die Angaben beinhalten unter anderem Ausgaben des Landes Steiermark für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie für Messen und Gesundheitstage und Ausgaben des Landes Tirol für Melanom-Früherkennungsprojekte, Schlaganfallprävention, Selbstmordprävention und Kinderasthmaprävention.
- ⁶ einschließlich Ausgaben für Arbeitmedizin
- ⁷ Ausgaben vor allem für umfassende Primärprävention einschließlich des Themas Inkontinenz
- ⁸ Der Betrag von € 8,7 Millionen setzt sich folgendermaßen zusammen: € 6,5 Millionen als geschätzter Betrag für die FSME-Impfungen plus € 2,2 Millionen für Impfungen allgemein (einschließlich etwa € 1,7 Millionen für das Impfkonzept, ohne FSME).
- ⁹ Ausgaben vor allem des Landes Steiermark für das Erinnerungsservice im Rahmen von Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen und von Wien für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen
- ¹⁰ Die Ausgaben der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Steiermark für schulärztliche Untersuchungen wurden nicht zur Verfügung gestellt.
- ¹¹ Ausgaben der Bundesländer für Vorsorgeuntersuchungen enthalten auch Jugendlichenuntersuchungen.
- ¹² Ausgaben vor allem für die Referenztätigkeit (= Überwachung, Dokumentation, Diagnostik, Beratung bei Krankheiten, Bericht) der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten (BBSUA) in Höhe von € 890.005,-; Daten aus der Kostenrechnung 2000, da wegen der Ausgliederung der BBSUA keine Daten für 2001 verfügbar sind.
- ¹³ Ausgaben primär von Wien für Maßnahmen zur Frühförderung behinderter Kinder und für drogenbezogene Nachfragereduktion sowie Mehrfachtherapien für behinderte Kinder und reintegrative Maßnahmen sowie des Landes Vorarlberg für beispielsweise Maßnahmen der tertiärpräventiven Drogenhilfe und sonstigen Suchtprävention.
- ¹⁴ einschließlich Jugendarbeit und Gesunde Universitäten/Fachhochschulen
- ¹⁵ einschließlich außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit
- ¹⁶ Bei den Personengruppen handelt es sich um Wöchnerinnen, ältere Menschen, chronisch Kranke und benachteiligte Personengruppen.
- ¹⁷ Kampagnen zu Ernährung und Nichtrauchen sowie allgemeine Patienteninformation (Internetplattform und Zeitschrift „Gesundes Leben“).
- ¹⁸ Vernetzung (vor allem im Selbsthilfebereich) und umfassende Gesundheitsförderung (Koordination und Verwaltung Fonds Gesundes Österreich)

Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

Die zweitgrößte Ausgabenposition (etwa zehn Prozent) zur Förderung einer gesunden Lebensweise stellte die psychologische Beratung mit rund € 7,024 Millionen dar, wobei dem Bund drei Viertel dieser Ausgaben zuzurechnen sind. Insgesamt gab der Bund für psychologische Beratungen rund € 5,358 Millionen aus, das waren rund 85 Prozent seiner Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten. Bei diesen Ausgaben handelte es sich im Wesentlichen um Förderungen des BMSG, des BMGF und des BMBWK für Beratungsstellen wie etwa Familienberatungsstellen, psychologische Beratungsstellen für Studierende, Förderungen gemäß dem Bundes-Jugendförderungsgesetz sowie diverse Projekte in Schulen. Die ausgewiesenen Ausgaben der Bundesländer sind etwas geringer und möglicherweise unvollständig, da aufgrund der schwierigen Abgrenzung zwischen Beratung und Prävention nur von vier Bundesländern Daten zur Verfügung gestellt wurden.

Für die Förderung der Gesundheit von Mutter und Kind, also für Elternberatungsstellen, Stillberatung, Hebammenzentren und Schwangerschaftsturnen, wurden von den Bundesländern etwa € 2,681 Millionen, das ist rund ein Viertel ihrer Ausgaben für Aktivitäten zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten, aufgewendet.

Im Rahmen dieses Maßnahmenbereiches entfielen rund 32 Prozent der Gemeindeausgaben auf das Thema Bewegung, wo Fitnesstage, Kneippkuren oder Sportprogramme für Senioren und Kinder finanziert werden. Etwa die Hälfte der Ausgaben des FGÖ für Primärprävention 1 fielen für Aktivitäten der Krebsprävention an. Auf die Themen Ernährung und Herz-Kreislauf-Prävention entfielen etwa ein Prozent der Gesamtausgaben dieses Maßnahmenbereiches, wobei diese Aktivitäten vor allem von den Bundesländern forciert werden. Überraschenderweise werden Ausgaben für arbeitsmedizinische Leistungen nur vom Bund angegeben, obwohl aufgrund der gesetzlichen Situation die anderen Körperschaften diese ebenso ausweisen sollten. Dies kann einerseits darauf zurückzuführen sein, dass diese Ausgaben den „Gesundheitsfördernden Betrieben“ zugeordnet worden sind, und andererseits darauf, dass diese Leistungen schwer monetär zu bewerten sind, weil sie von Bediensteten der jeweiligen Körperschaft ausgeführt werden.

Vermeidung von Suchtkrankheiten

Die Ausgaben für primärpräventive Maßnahmen zur Vermeidung von Suchtkrankheiten beliefen sich im Jahr 2001 auf insgesamt rund € 8,413 Millionen bzw. € 1,04 pro Kopf der Bevölkerung. Etwa 68 Prozent davon wurden von den Bundesländern für Subventionen an Suchtpräventionsstellen und für diverse Informations- und Aufklärungsveranstaltungen sowie für Projekte zur primären Suchtvorbeugung aufgewendet. Der Bund trug mit € 1,795 Millionen 21 Prozent der Ausgaben für Suchtprävention, welche im Wesentlichen für Förderungen des BMGF für Beratungsstellen gegen Suchtgiftmissbrauch aufgewandt werden. Die österreichischen Städte und Gemeinden leisteten rund sechs Prozent der Ausgaben dieses primärpräventiven Maßnahmenbereiches, wobei diese Aufwendungen zu über 97 Prozent von den Mitgliedern des „Gesunde Städte“-Netzwerks und dabei insbesondere von den Landeshauptstädten getätigt wurden. Der FGÖ wandte rund € 367.000,- für die Suchtprävention auf.

Verhütung übertragbarer Krankheiten

Um übertragbaren Krankheiten vorzubeugen, wurden 2001 insgesamt rund € 32,532 Millionen aufgewandt. Der größte Anteil (71 Prozent) entfiel mit rund € 23,141 Millionen schwerpunktmäßig auf Impfungen im Rahmen des Impfkongzeptes. Seit 1998 wird das Impfkongzept gemeinsam vom Bund mit den Bundesländern und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (HVSVT) finanziert, wobei dem BMGF die Koordination zukommt. Mit dem Erlass des Impfkongzeptes 1998 wurde auch die Kostenverteilung der öffentlich empfohlenen Impfungen in Form der sogenannten Sechstelregelung neu festgelegt. Die Kosten für die Impfstoffe und deren Distribution werden zu zwei Dritteln vom Bund und zu jeweils einem Sechstel vom HVSVT sowie vom Bundesland, in dem

die Impfung durchgeführt wird, getragen. Zusätzlich wurden von den Gemeinden insgesamt rund € 321.000,- für diverse Impfkampagnen bzw. für Zuschüsse zu Impfstoffen oder Impfhonoraren ausgegeben.

Für die TBC-Vorsorge wurden in Summe rund € 6,133 Millionen ausgegeben, wobei etwa drei Viertel dieser Ausgaben von den Bundesländern getragen wurden. Bezüglich präventiver Maßnahmen zu AIDS wurden im Jahr 2001 insgesamt rund € 3,103 Millionen verzeichnet. Dabei handelte es sich vor allem um Förderungen des Bundes zur Finanzierung von Beratungsstellen (Vereinen) zur AIDS-Aufklärung bzw. -Hilfe sowie um einen Beitrag des Bundes zum WHO-AIDS-Programm.

Sekundärprävention

Insgesamt wurden im Jahr 2001 von der öffentlichen Hand rund € 132,577 Millionen für Sekundärprävention, das heißt zur Früherkennung von bestehenden Erkrankungen und Risiken, ausgegeben.

Die meisten Ausgaben in der Sekundärprävention konnten mit 46 Prozent bzw. rund € 61,530 Millionen dem Posten Vorsorgeuntersuchungen zugeordnet werden: Dies betraf im Wesentlichen die Gesundenuntersuchungen, die von der Sozialversicherung, einschließlich eines Transfers seitens des Bundes für Nicht-Versicherte, finanziert wurden (in Summe € 57,7 Millionen). Die Bundesländer - davon trug Wien 90 Prozent - gaben € 3,689 Millionen für Vorsorgeuntersuchungen aus, wobei allerdings die nicht extra ausgewiesenen Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen auch darin enthalten sind.

Für die von der Sozialversicherung durchgeführten ärztlichen Untersuchungen bei Jugendlichen bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres gemäß § 132a ASVG zwecks Feststellung des Gesundheitszustandes wurden rund drei Millionen Euro ausgegeben, welche je zur Hälfte vom Bund und von der Sozialversicherung getragen wurden.

Eine zentrale Ausgabenposition stellten Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen in Höhe von rund € 43,040 Millionen dar. Diese Ausgaben werden für Versicherte zu zwei Drittel vom BMGF und zu einem Drittel aus dem Budget der Krankenversicherungsträger finanziert. Der vergleichsweise eher geringe Aufwand von rund € 216.000,- für Nicht-Versicherte wird zu 100 Prozent vom BMGF getragen. Alle angeführten Summen werden über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) ausbezahlt. Weiters werden seitens der Bundesländer Niederösterreich, Steiermark und Wien Aktivitäten zum Mutter-Kind-Pass gesetzt (z. B. Erinnerungsschreiben).

Rund zwölf Prozent der sekundärpräventiven Ausgaben, das sind € 15,507 Millionen, sind den schulärztlichen Untersuchungen zuzurechnen. Da Angaben über die Ausgaben für schulärztliche Untersuchungen aus dem Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Steiermark fehlen, waren die tatsächlichen Ausgaben der Bundesländer weitaus höher als der angegebene Wert von € 3,461 Millionen. Von den Gemeinden wurden etwa € 806.000,- bzw. zwei Drittel ihrer sekundärpräventiven Ausgaben für den schulärztlichen Dienst aufgewendet, wobei ein Teil dieser Aufwendungen von den Bundesländern getragen wurde bzw. im Bundesland Salzburg von den Gemeinden als Transfers an das Land ausgewiesen wurden.

Weitere Ausgaben zu Maßnahmen der Sekundärprävention umfassen die Themen Neugeborenenenscreening, Seh- und Hörtests sowie Krebsfrüherkennung, wobei der Ausgabenanteil dafür jeweils unter einem Prozent der Gesamtausgaben für Sekundärprävention lag.

Die Pro-Kopf-Ausgaben für Sekundärprävention lagen mit € 16,44 etwas über jenen der Primärprävention. Die Sozialversicherung wies wiederum mit € 9,42 die höchsten Ausgaben pro Kopf aus. An zweiter Stelle lag der Bund mit € 5,52, gefolgt von den Bundesländern mit € 1,34 und den Gemeinden mit € 0,16 Pro-Kopf-Ausgaben.

Tertiärprävention

Für Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufs, Vermeidung von Rückfällen und Verringerung von Folgeschäden beliefen sich im Jahr 2001 die Ausgaben der öffentlichen Hand in Österreich auf rund € 561,841 Millionen.

Rund 98 Prozent der tertiärpräventiven Ausgaben, das sind € 551,187 Millionen, wurden für rehabilitative Maßnahmen aufgewendet, wobei wiederum 98 Prozent der Ausgaben der Sozialversicherung zuzurechnen sind. Nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz ist die Krankenversicherung ausschließlich zur Erbringung medizinischer Maßnahmen in der Rehabilitation verpflichtet, welche von der Aufbringung von Reise- und Transportkosten über Aufenthalte am Land bzw. in Kurorten, Unterbringung in Genesungs- und Erholungsheimen bzw. in Kuranstalten bis hin zur Bereitstellung von orthopädischen Helfen und anderen Hilfsmitteln reichen.

Die Ausgaben des Bundes und der Bundesländer für die Rehabilitation waren jedoch, absolut gesehen, mit € 5,315 Millionen bzw. € 906.000,- im Jahr 2001 beachtlich. Der Bund tätigte im Rahmen einer subsidiären Kostenersatzverpflichtung Ausgaben für die ambulante und stationäre Behandlung und Betreuung von Rechtsbrechern sowie Ausgaben für Kuraufenthalte für Kriegsopferversehrte. Von den Bundesländern wurden Ausgaben für die Schlaganfallnachsorge in Salzburg, Aufgaben für die ambulante neurologische Rehabilitation in Vorarlberg und Ausgaben für mobile Ergotherapie in Wien angegeben.

Ausgaben im Rahmen der Patienteninformation beliefen sich auf rund € 2,647 Millionen und wurden fast zur Gänze von den Bundesländern, und hier insbesondere von Wien für Maßnahmen im Rahmen der Seniorenberatung und von Kontaktbesuchdiensten, aufgewandt.

Weiters wurden in Wien etwa fünf Millionen Euro für die Frühförderung behinderter Kinder bzw. für Mehrfachtherapie für behinderte Kinder sowie für Nachfragereduktion im Bereich Drogen und für reintegrative Maßnahmen aufgewendet, die unter sonstige tertiärpräventive Maßnahmen in Tabelle 2.2 gelistet werden. Erwähnt werden sollte noch der Betrag von € 890.000,-, welchen das BMGF für die Referenztätigkeit der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten (BBSUA) aufwandte. Dieser ist ebenso im Sammelposten enthalten. Die Ausgaben für Selbsthilfegruppen waren mit rund € 777.000,- verhältnismäßig gering.

Die Sozialversicherung wies bei der Tertiärprävention Pro-Kopf-Ausgaben von € 67,56 aus. Die Pro-Kopf-Ausgaben des Bundes und der Bundesländer liegen bei etwa einem Euro.

Gesundheitsförderung

Im Jahr 2001 wurden in Österreich insgesamt rund € 14,341 Millionen für Gesundheitsförderung ausgegeben. Dies waren lediglich zwei Prozent der Ausgaben der öffentlichen Hand für Prävention und Gesundheitsförderung. Die Pro-Kopf-Ausgaben in der Gesundheitsförderung beliefen sich auf € 1,78.

Der höchste Ausgabenanteil aller gesundheitsförderlichen Themen (€ 3,266 Millionen) wurde vom FGÖ für Kampagnen und Information an die Allgemeinheit ausgegeben. Darunter fielen die Ernährungs- und Pro-Nichtraucher-Kampagne sowie das Gesundheitsportal „Gesundes Leben“. Insgesamt wurden vom FGÖ im Jahr 2001 rund 6,462 Millionen für Gesundheitsförderung aufgewendet: Neben den erwähnten Kampagnen wurden Maßnahmen der Vernetzung (z. B. Selbsthilfegruppen) gesetzt sowie bestimmte Settings („Gesundheitsfördernder Betrieb“, „Gesundheitsförderung für pflegende Angehörige“, „Gesunde Schulen“ und „Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit“ sowie an bestimmte Zielgruppen wie chronisch Kranke gerichtete Projekte) gefördert.

Vergleichsweise hohe Ausgaben in der Gesundheitsförderung von € 3,8 Millionen entfielen auf die Sozialversicherung. Diese Ausgabengröße, die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger geschätzt wurde, konnte nicht den einzelnen Themen zugeordnet werden; der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung seitens der Sozialversicherung liegt bei der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Für den Themenbereich Gesunde Gemeinden wurden insgesamt € 1,657 Millionen bzw. zwölf Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheitsförderung ausgewiesen. Rund zwei Drittel dieser Ausgaben wurden von den Gemeinden selbst für gemeindeeigene Aktivitäten wie Gesundheits- und Aktivtage, Informationsveranstaltungen wie Gesundheitsmessen oder Vorträge ausgegeben. Von den Bundesländern wurde etwa eine halbe Million Euro für Maßnahmen im Rahmen der „Gesunde Gemeinden“- und „Gesunde Städte“-Netzwerke aufgewendet. Der Anteil an den Ausgaben für Gesundheitsförderung des jeweiligen Bundeslandes war insbesondere in Oberösterreich und Salzburg überdurchschnittlich hoch. In Oberösterreich erhielten „Gesunde Gemeinden“ finanzielle Förderungen zur Durchführung von Maßnahmen wie beispielsweise Informationsveranstaltungen, in Salzburg wurden an den Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (AVOS) Förderungsmittel für die Durchführung von gesundheitsförderlichen Maßnahmen in den Gemeinden und in der Stadt Salzburg überwiesen.

Rund sieben Prozent der Gesundheitsförderungsausgaben entfielen 2001 auf das „Gesundheitsfördernde Krankenhaus“, wobei der Großteil dieser Ausgaben für gesundheitsförderliche Aktivitäten in den Wiener Krankenanstalten anfiel. Weitere Maßnahmen der Gesundheitsförderung betrafen die Themenbereiche „Gesunder Kindergarten“, „Gesunde Schule“ und „Gesundheitsfördernder Betrieb“, für die zwischen drei und sechs Prozent der Ausgaben für Gesundheitsförderung aufgewandt wurden.

Nicht zuteilbare Ausgaben

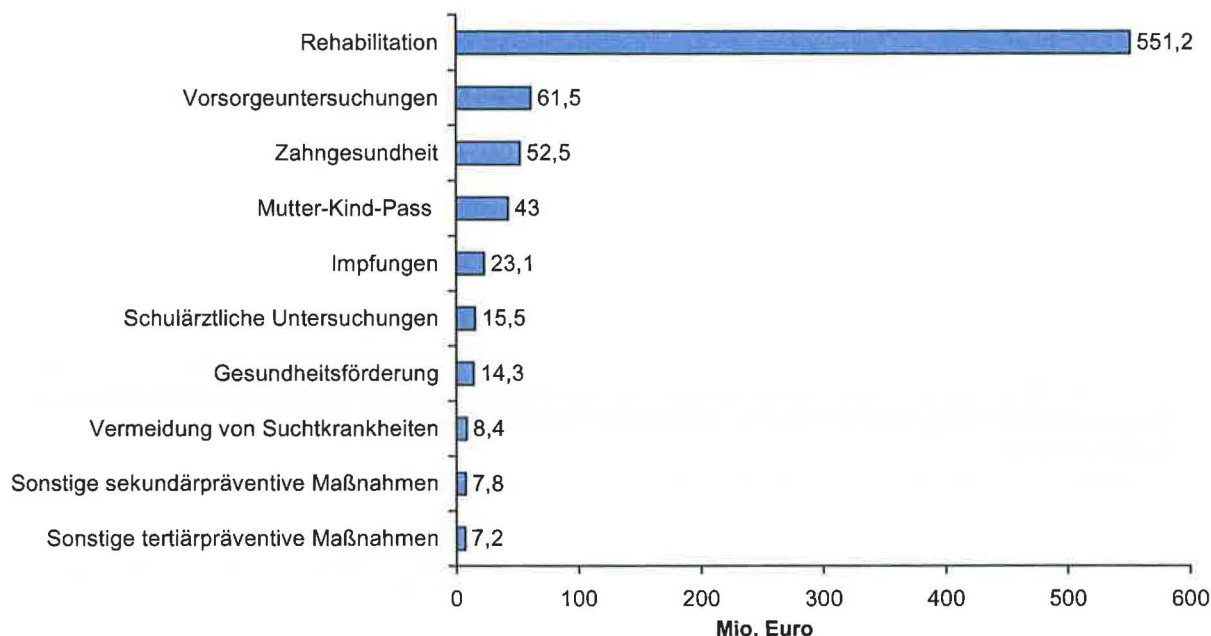
In der Präventionsbilanz des HVSVT wurden € 207,6 Millionen für präventive Leistungen im niedergelassenen Bereich ausgewiesen (vgl. Tabelle 2.2). Bei diesen Ausgaben handelt es sich um den geschätzten Leistungsanteil, welcher von Vertragsärzten, Vertrags-einrichtungen und eigenen Einrichtungen der Krankenversicherungsträger im kurativen Bereich erbracht wird, jedoch einen starken präventiven Charakter aufweist. Als Beispiele können die Ausgaben für den präventiven Anteil von Laboruntersuchungen, Lungenfunktionsüberprüfungen und Mammographien genannt werden. Eine Aufteilung dieser Ausgaben auf die Leistungsbereiche Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention und Gesundheitsförderung ist nach Auskunft des HVSVT nicht möglich. Daher werden diese Aufwendungen unter dem Bereich nicht zuteilbare Ausgaben subsumiert.

2.1.3 Themen

Abbildung 2.3 gibt einen Überblick über die zehn ausgabenintensivsten Themen des Bundes, der Bundesländer, der Gemeinden, der Sozialversicherung und des FGÖ im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die mit Abstand höchsten Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung wurden für Rehabilitation ausgegeben, wovon beinahe 99 Prozent der Sozialversicherung zuzurechnen sind. Diese Aufwendungen für rehabilitative Maßnahmen in der Höhe von rund € 551,2 Millionen deckten rund 54 Prozent der gesamten Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung ab.

Abbildung 2.3: Österreich - Themenschwerpunkte der Prävention und Gesundheitsförderung 2001



Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

An zweiter Stelle lagen die Ausgaben für Vorsorgeuntersuchungen, die schwerpunktmäßig für die Gesundenuntersuchungen der Sozialversicherung anfielen. Platz 3 im Ranking der ausgabenintensivsten Themen nimmt die Zahngesundheit ein, gefolgt von den Ausgaben für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, Impfungen, schulärztliche Untersuchungen, Gesundheitsförderung, Suchtprävention und sonstige sekundär- und tertiärpräventive Maßnahmen. Die sonstigen sekundärpräventiven Maßnahmen umfassen beispielsweise humangenetische Vorsorgeuntersuchungen, diagnostische Leistungen, Untersuchungen von in der Lebensmittelindustrie und in Großküchen beschäftigten Personen sowie Schlaganfallprävention. Unter sonstige tertiärpräventive Ausgaben fallen insbesondere Maßnahmen zur Frühförderung behinderter Kinder und reintegrative Maßnahmen sowie tertiärpräventive Drogenhilfe als auch die Referenztätigkeit der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten.

2.2 Entwicklung 1996 bis 2001

2.2.1 Übersicht

Die Entwicklung der Ausgaben des Bundes, der Bundesländer, der Gemeinden, der Sozialversicherung und des Fonds Gesundes Österreich für Prävention und Gesundheitsförderung im Zeitraum von 1996 bis 2001 wird in Tabelle 2.3 dargestellt.

Tabelle 2.3: Österreich - Entwicklung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 1996 - 2001

Körperschaften	Ausgaben ¹ (in €)		Entwicklung 1996 - 2001
	1996	2001	
Bund	66.707.921	70.599.675	5,8 %
Bundesländer	24.311.171 ²	50.570.613	108,0 %
Gemeinden	11.713.000	7.355.185	-37,2 %
Sozialversicherung	681.816.529	890.474.173	30,6 %
Fonds Gesundes Österreich	*)	7.731.849	
Österreich gesamt³	784.548.621	1.026.731.494	30,9 %

Aufgrund von internen Rundungen können sich geringfügige Abweichungen bei der Summenbildung ergeben.

*) Der Fonds Gesundes Österreich wurde auf Basis des Bundesgesetzes über Maßnahmen und Initiativen zur Gesundheitsförderung, -aufklärung und -information 1998 neu positioniert und dotiert.

¹ Nettoausgaben

² Im Sinne der Vergleichbarkeit wurden die Daten bereinigt, das heißt, Ausgaben für einmalige Leistungen wie der Ankauf von ergonomischen Schulmöbeln in Oberösterreich und Wien und nicht mehr relevante Aktivitäten wie Maßnahmen der Unfallverhütung in Steiermark wurden nicht berücksichtigt.

³ Die Unterschiede zur Ausgabenhöhe von € 805,37 Millionen, wie in der Publikationen der letzten Ausgaben-erhebung für das Jahr 1996 (ÖBIG 2001) ausgewiesen, sind im Wesentlichen durch Bereinigungen bei den Bundesländern, die zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Daten notwendig geworden waren, bedingt.

Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

Die gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand für Prävention und Gesundheitsförderung beliefen sich im Jahr 1996 auf rund € 784,549 Millionen und waren bis 2001 um rund € 242,182 Millionen angestiegen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von beinahe 31 Prozent. Überdurchschnittlich hohe Zunahmen verzeichnen die Bundesländer. Die Ausgaben der Bundesländer haben sich im Untersuchungszeitraum etwa verdoppelt. Etwas geringer sind die Sozialversicherungsausgaben angestiegen (plus 31 Prozent). Die Ausgaben des Bundes haben um etwa sechs Prozent zugenommen.

Bei den Gemeindeausgaben wurde ein Rückgang von rund 37 Prozent festgestellt. Ein Vergleich der Ausgaben der „Gesunden Städte“ (ohne Wien) zeigt, dass diese hauptsächlich für den Ausgabenrückgang verantwortlich sind. Daneben kann angenommen werden, dass die gesunkenen Ausgaben teilweise auch auf die Neupositionierung des FGÖ zurückzuführen ist, da dieser Präventions- und Gesundheitsförderungsprojekte bzw. -programme finanziert, die vorher verstärkt von den Gemeinden durchgeführt wurden, z. B. Projekte zu Gesundheitsförderung in Bezug auf Bewegung und Ernährung in Schulen.

2.2.2 Leistungsbereiche

Die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung sind in Summe im Zeitraum von 1996 bis 2001 in allen vier definierten Leistungsbereichen angestiegen (siehe Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4: Österreich - Entwicklung der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung nach Leistungsbereichen 1996 - 2001

Leistungsbereiche	Ausgaben (in €)		Entwicklung 1996 - 2001
	1996	2001	
Primärprävention	53.905.790	110.372.701	104,8 %
davon:			
<i>Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. Verhinderung von Krankheiten</i>	26.743.369	69.427.896	159,6 %
<i>Vermeidung von Suchtkrankheiten</i>	4.828.654	8.412.597	74,2 %
<i>Verhütung übertragbarer Krankheiten</i>	22.333.767	32.532.209	45,7 %
Sekundärprävention	117.842.296	132.576.631	12,5 %
Tertiärprävention	431.078.317	561.841.482	30,3 %
Gesundheitsförderung	8.034.149	14.340.679	78,5 %

Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

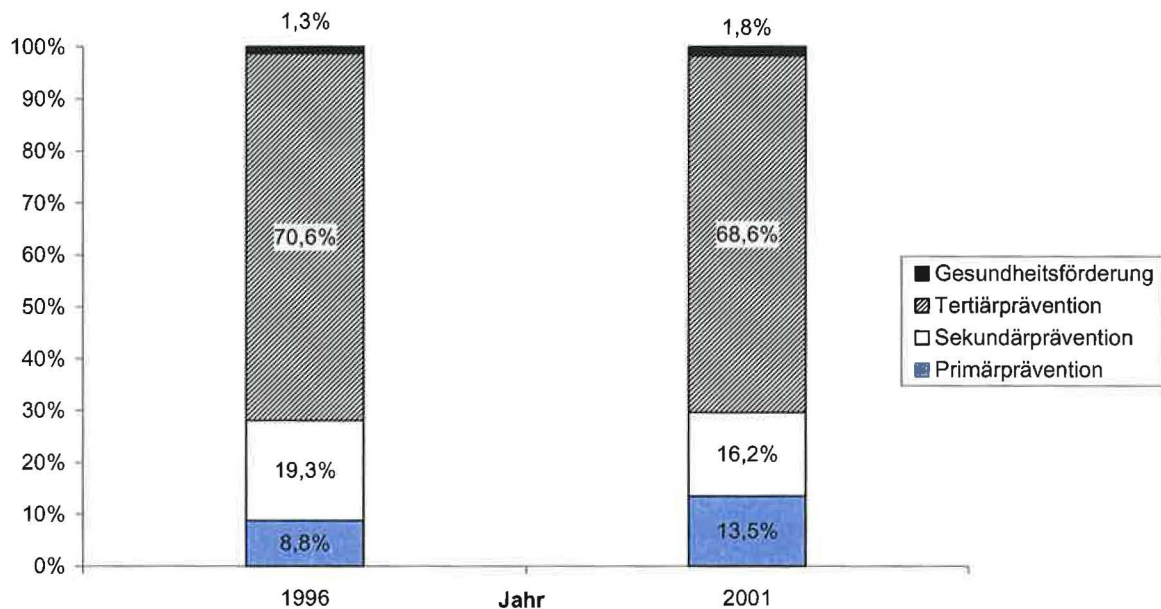
Die höchsten Zuwächse gab es bei der Primärprävention und hier vor allem bei den Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. zur Verhinderung von Krankheiten (plus 160 Prozent). Neben primärpräventiven Maßnahmen des FGÖ sind vor allem die verstärkte Förderung des Bundes von psychologischen Beratungsstellen, die gestiegenen Ausgaben der Sozialversicherung und der Bundesländer für Zahngesundheit und die Forcierung der Gemeinden von Aktivitäten primär zu den Themen Bewegung und Herz-Kreislauf-Prävention dafür verantwortlich. Die positive Entwicklung bei Maßnahmen zur Vermeidung von Suchterkrankungen (plus 74 Prozent) ist insbesondere auf gestiegene Bundesländerausgaben zurückzuführen.

Die Zunahme bei der Gesundheitsförderung (79 Prozent) bildet sich bei allen Körperschaften mit Ausnahme der Gemeinden ab. Obwohl die gesundheitsförderlichen Aktivitäten der Gemeinden gesunken sind, konnte ein Anstieg des Förderungsanteils im Untersuchungszeitraum festgestellt werden. Der Rückgang der Gemeinden (minus 62 Prozent) ist aus deren Sicht einerseits auf die Aktivitäten des in der Zwischenzeit mit neuen Aufgaben betrauten FGÖ zurückzuführen, andererseits auf eine Einschränkung ihrer Ermessensausgaben sowie auf die Forcierung dieses Leistungsbereiches von der Sozialversicherung und den Bundesländern.

Die Ausgaben für Tertiärprävention sind von 1996 bis 2001 um etwa ein Drittel gestiegen, wobei dies durch die absolut hohen Zunahmen der Sozialversicherung für Rehabilitation bedingt ist. Daneben sind auch die stark gestiegenen Ausgaben der Bundesländer für Patienteninformation für diese positive Entwicklung verantwortlich.

Die Sekundärprävention wies mit etwa 13 Prozent die niedrigste Wachstumsrate aller Leistungsbereiche auf. Die Ausgabensteigerung in diesem Bereich betraf insbesondere die Vorsorgeuntersuchungen - vor allem die Gesundenuntersuchungen - und die schulärztlichen Untersuchungen. Einen Überblick über die Veränderungen der Leistungsbereiche - ohne Berücksichtigung der nicht zuteilbaren Ausgaben - liefert Abbildung 2.4.

Abbildung 2.4: Österreich - Entwicklung der Struktur der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung 1996 - 2001



Quelle: ÖBIG-eigene Erhebungen und Berechnungen

2.2.3 Themen

Die höchsten Steigerungsraten wurden in der Primärprävention beobachtet. Dies lag zum einem an der Neupositionierung des FGÖ, zum anderen an bedeutenden Zunahmen bei den Themen Zahngesundheit (plus € 33,475 Millionen bzw. 176 Prozent), psychologische Beratung (plus € 5,542 Millionen bzw. 374 Prozent), Bewegung (plus € 1,184 Millionen bzw. 192 Prozent) und Herz-Kreislauf-Prävention (plus € 515.868,- bzw. 365 Prozent). Positive Entwicklungen gab es auch bei der Ernährung, Krebsprävention und Gesundheit für Mutter und Kind.

Die Ausgaben für Suchtprävention sind fast um das Doppelte angestiegen. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Forcierung dieses Themenbereiches durch die Bundesländer, die zusammen eine Steigerungsrate dieser Ausgaben von rund 127 Prozent aufweisen.

Die Ausgabensteigerung bei der Verhütung übertragbarer Krankheiten betraf insbesondere die Aufwendungen für Impfungen von Bund und Bundesländern. Diese Zunahme von rund € 9,029 Millionen bzw. 64 Prozent ist unter anderem auf die Einführung des bundesweiten Kinderimpfkonzepts zurückzuführen. Obwohl die Ausgaben des Bundes und der Gemeinden für den Themenbereich TBC rückläufig waren, ist die Gesamtentwicklung infolge der stark gestiegenen Aufwendungen der Bundesländer (plus € 3,221 Millionen bzw. 224 Prozent) positiv ausgefallen. Der Ausgabenrückgang hinsichtlich des Themenbereiches AIDS in Höhe von rund € 800.000,- ist primär auf die gesunkenen Ausgaben des Bundes zurückzuführen.

Im Bereich der Sekundärprävention sind die Ausgaben für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen von 1996 bis 2001 um rund zehn Millionen Euro, das sind 19 Prozent, gesunken, was eventuell auf den Geburtenrückgang zurückzuführen ist. Die für das Jahr 2001 ausgewiesenen Ausgaben für Neugeborenencreening sind zwar um ein Drittel geringer als im Jahr 1996, aber dies lag an einer Projektförderung zu dem Thema, die nur 1996 ge-

währt wurde. Dagegen kann bei den schulärztlichen Untersuchungen auf eine Steigerungsrate von rund 30 Prozent bzw. auf ein Plus von rund € 3,55 Millionen verwiesen werden. Die Themen Seh- und Hörtests, Jugendlichenuntersuchungen und Krebsfrüherkennung verzeichneten ebenso positive Entwicklungen im Untersuchungszeitraum. Die in Absolutwerten höchste Zunahme von sekundärpräventiven Maßnahmen wiesen die Ausgaben für Vorsorgeuntersuchungen, im Wesentlichen Gesundenuntersuchungen der Sozialversicherung, aus.

Die höchste Zunahme, gemessen in Absolutzahlen, zeigte sich bei der Rehabilitation. Für diesen Themenbereich wendete die Sozialversicherung im Jahr 2001 um rund 129 Millionen Euro mehr als im Jahr 1996 auf, was einer Steigerung von 31 Prozent entspricht. Die gesunkenen Ausgaben des Bundes, der Bundesländer und der Gemeinden für rehabilitative Maßnahmen wurden durch die gestiegenen Aufwendungen der Sozialversicherung kompensiert. Die Ausgaben für Patienteninformation, fast zur Gänze Ausgaben der Bundesländer, sind um das 13-fache angestiegen, wobei jedoch von relativ niedrigen Ausgaben im Jahr 1996 ausgegangen wird. Die Ausgaben für Selbsthilfegruppen sind im Vergleichszeitraum gestiegen.

Wie bereits erwähnt, sind die Ausgaben der Gemeinden für Gesundheitsförderung im Untersuchungszeitraum um rund 62 Prozent gesunken. Es kann angenommen werden, dass dies u. a. auf die Neupositionierung des FGÖ und den Sparkurs der Gemeinden zurückzuführen ist. Der Ausgabenrückgang für „Gesunde Schulen“ ist vor allem durch die außerordentlichen Maßnahmen im Jahr 1996 bedingt (Ausgaben für ergonomische Schulmöbel). Insgesamt waren auch die Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden für das „Gesunde Gemeinden“-Netzwerk mit € 1,412 Millionen bzw. 46 Prozent rückläufig.

Die Themenbereiche „Gesundheitsförderndes Krankenhaus“ und „Gesundheitsfördernder Betrieb“ (einschließlich Aufwendungen für Arbeitsmedizin) konnten dagegen auf Ausgabensteigerungen verweisen. Dafür sind vor allem der FGÖ und im Rahmen des „Gesundheitsfördernden Krankenhauses“ auch die Bundesländer verantwortlich. Erhebliche Aufwendungen wurden im Jahr 2001 vom FGÖ für Gesundheitsförderung für pflegende Angehörige und Gesundheitsförderung für bestimmte Personengruppen getätigt. Die mit Abstand höchsten Ausgaben im Rahmen der Gesundheitsförderung wurden für „Kampagnen und Informationen für die Allgemeinheit“ (€ 3,266 Millionen) vom FGÖ verzeichnet.

3 Resümee

3.1 Analyse

3.1.1 Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt

Tabelle 3.1 zeigt den prozentuellen Anteil von Präventions- und Gesundheitsförderungsausgaben an den öffentlichen Gesundheitsausgaben, an den Gesundheitsausgaben insgesamt sowie am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Da Ausgaben für Tertiärprävention in den Präventions- und Gesundheitsförderungsausgaben der meisten Ländern der Europäischen Union nicht enthalten sind, werden die Prozentwerte auch ohne Berücksichtigung der Tertiärprävention dargestellt.

Tabelle 3.1: Österreich - Anteil der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung an den öffentlichen Gesundheitsausgaben, an den Gesundheitsausgaben insgesamt und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2001

Ausgabenbereich in Österreich	Prozentueller Anteil der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung	
	mit TP	ohne TP
Öffentliche Gesundheitsausgaben	9,22 %	4,18 %
Gesundheitsausgaben insgesamt	6,32 %	2,86 %
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,48 %	0,22 %

TP = Tertiärprävention

¹ nicht zuteilbare Ausgaben der Sozialversicherung = Aufwendungen für Prävention im niedergelassenen Bereich

ÖBIG-eigene Berechnungen und Erhebungen

Im Jahr 2001 belief sich der Anteil der Präventionsausgaben an den öffentlichen Gesundheitsausgaben auf 4,18 Prozent (mit Tertiärprävention 9,22 Prozent); der Anteil an den gesamten Gesundheitsausgaben auf 2,86 Prozent (mit Tertiärprävention 6,32 Prozent) und der Anteil am BIP auf 0,22 Prozent (mit Tertiärprävention 0,48 Prozent). Im Vergleichsjahr 1996 wurden 2,36 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben (mit Tertiärprävention 5,52 Prozent) für Prävention und Gesundheitsförderung ausgegeben, was 0,19 Prozent (bzw. unter Berücksichtigung der Tertiärprävention 0,44 Prozent) des BIP entspricht.

Weiters wurden im Sinne von international vergleichbaren Kennzahlen die prozentuellen Anteile ohne Berücksichtigung der Tertiärprävention und ohne Berücksichtigung der nicht zuteilbaren Ausgaben der Sozialversicherung, das sind die Aufwendungen für Prävention im niedergelassenen Bereich, errechnet. Exklusive dieser Ausgaben betrug der Anteil an den öffentlichen Gesundheitsausgaben 2,31 Prozent, an den Gesundheitsausgaben 1,58 Prozent (1996: 1,12 Prozent) und am BIP 0,12 Prozent (0,09 Prozent).

3.1.2 Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung im Verhältnis zur Bevölkerung

Im Jahr 2001 wurden vom Bund, von den Bundesländern, von den Gemeinden, von der Sozialversicherung und vom Fonds Gesundes Österreich zusammen € 57,64 pro Kopf der Bevölkerung für Prävention und Gesundheitsförderung ausgegeben. Mit Berücksichtigung der Ausgaben für Tertiärprävention erhöhen sich die Pro-Kopf-Ausgaben auf € 127,30. 1996 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Hand für Prävention und Gesundheitsförderung auf € 22,72 pro Kopf der Bevölkerung (mit Tertiärprävention auf € 77,85 pro Kopf der Bevölkerung).

3.2 Schlussfolgerungen

In den letzten Jahren gewannen präventive und gesundheitsfördernde Aktivitäten in Österreich an Bedeutung, wie auch die Steigerung der Ausgaben (inkl. Tertiärprävention) um 30 Prozent von 1996 bis 2001 belegt. Dies steht sicherlich auch in einem Zusammenhang mit einer stärkeren politischen und gesellschaftlichen Besetzung des Themas Prävention und Gesundheitsförderung, was sich ja auch in der Verabschiedung des Gesundheitsförderungsgesetzes und der damit verbundenen politischen Bereitschaft, verstärkt Mittel für die Prävention und Gesundheitsförderung (konkret die Dotierung des Fonds Gesundes Österreich mit jährlich € 7,27 Millionen) zur Verfügung zu stellen, zeigt.

Ob und in welchem Maße der seit 1998 mit einem weiteren Aufgabenfeld betraute Fonds Gesundes Österreich zu einem verstärkten Engagement und zu höheren Investitionen in die Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich beigetragen hat, kann derzeit seriöserweise noch nicht beantwortet werden. Es ist unbestritten, dass der FGÖ die österreichische Präventions- und Gesundheitsförderungslandschaft in den vergangenen Jahren stark mitgeprägt, bestimmte Lebensstilfaktoren - vor allem im Rahmen von Kampagnen - zum Thema gemacht und in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit gerückt hat sowie als potenzieller Financier Vereinen, Bildungseinrichtungen und Instituten die Perspektive geboten hat, entsprechende Projekte anzugehen. Neben seiner eigenen medialen Präsenz wird der FGÖ vor allem über Förderungen aktiv. Es wird empfohlen, die Aktivitäten des FGÖ weiterhin zu beobachten, um in einigen Jahren den Stellenwert des FGÖ besser einschätzen zu können.

Die grundsätzlich positive Entwicklung in der Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich zeigt bei einer differenzierten Betrachtung einige Schwachstellen: Hier ist insbesondere auf die Gemeinden zu verweisen, deren Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung von 1996 bis 2001 um 37 Prozent abgenommen haben. Dies ist primär auf die sogenannten Gesunden Städte zurückzuführen, die 1996 - oftmals vor der Aufnahme in das „Gesunde Städte“-Netzwerk - sehr aktiv waren, deren Engagement in der Prävention und Gesundheitsförderung seither jedoch stark abgenommen hat. Es wäre gemeinsam mit den betroffenen Städten zu diskutieren, ob und welche Unterstützung sie wünschen, um ihrem Auftrag als „Gesunde Stadt“ besser nachkommen zu können.

Der Rückgang in den Aktivitäten liegt aber auch darin begründet, dass - wie Vertreter und Vertreterinnen von Gemeinden offen gegenüber dem ÖBIG erklärten - sich die Gemeinden auf Grund knapper Budgets zu Einsparungen gezwungen sahen. Der Rotstift wurde vorrangig bei den „nicht unbedingt verpflichtenden bzw. freiwilligen“ Ausgaben, wie es jene für die Prävention und Gesundheitsförderung sind, angesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Sparkurs fällt auch der Trend auf, dass selbst jene Gemeinden, die durchaus Aufwendungen für Prävention und Gesundheitsförderung tätigten, sich dabei auf Förderungen an Vereine zurückgezogen haben, während sie früher diese Maßnahmen selbst durchgeführt hatten, was möglicherweise auf etwaigen Personalabbau in

den Körperschaften zurückzuführen sein könnte. Auch die Länder traten seltener als Maßnahmenträger auf: In mehreren Bundesländern wurden Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung Vereinen bzw. Vereinigungen übertragen. In diesem Zusammenhang sind das Gesundheitsforum Niederösterreich, der Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (AVOS) in Salzburg, die Styria Vitalis in der Steiermark, der Arbeitskreis für Vorsorgemedizin (Avomed) in Tirol und der Arbeitskreis für Vorsorge und Sozialmedizin (AKS) in Vorarlberg zu nennen.

Hinsichtlich der Förderungen konnte weiters bei den öffentlichen Körperschaften festgestellt werden, dass in mehreren Fällen Länder und Gemeinden Antragsteller, deren Projekte sie früher gefördert hatten, auf den FGÖ verwiesen, an den sie aus ihrer Sicht diese Aufgabe abgetreten hatten.

Eine Analyse der Ausgaben in Bezug auf einzelne Themen macht deutlich, dass die Schwerpunkte der Prävention und Gesundheitsförderung im Zeitablauf Schwankungen unterliegen: Während sich das Interesse von den in den 1990er-Jahren prominenten Maßnahmen wie Mutter-Kind-Pass oder AIDS-Vorsorge abwandte, gewannen andere Themen an Bedeutung: Zu den aktuellen „Modethemen“ zählen sicherlich Aktivitäten im Bereich Bewegung, Ernährung und auch Suchtprävention. Dies sind Themen, die auch vom FGÖ stark medial besetzt sind, was nicht weiter verwunderlich ist, da die im Arbeitsprogramm des FGÖ vorgegebenen Schwerpunkte die politische und gesellschaftliche Zielrichtung widerspiegeln. Bei den Themen wurde als weitere Verschiebung beobachtet, dass 2001 verstärkt das eigene Setting in den Mittelpunkt gestellt war, während im Jahr 1996 eher das Lebensumfeld verschiedener Zielgruppen gestaltet wurde (z. B. mehr Aktivitäten im Rahmen des „Gesunde Gemeinden“-Netzwerks anstelle der Förderung von „Gesunden Schulen“).

Trotz einzelner Einbrüche bzw. Verschiebungen bei den Ausgaben der öffentlichen Hand hat sich die Prävention und Gesundheitsförderung in der österreichischen Gesundheitspolitik weiter etabliert. Diese Aufwertung der präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen und Initiativen sollte mit einem Monitoring der öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich einhergehen. Dazu wird als kurzfristige Maßnahme jedenfalls eine weitere Neuerhebung der Ausgaben der öffentlichen Hand für die Präventions- und Gesundheitsförderung auf Basis der erarbeiteten und angewandten Definitionen empfohlen. Um gleiche Zeitabstände bei der Entwicklung zu berücksichtigen, wird vorgeschlagen, die Untersuchung auf das Jahr 2006 zu beziehen. Mittelfristig sollte aber ein laufend betriebenes Dokumentationssystem bei allen öffentlichen Körperschaften eingerichtet werden, in dem die Ausgaben für Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung nach einheitlichen Definitionen und Rechnungslegungsvorschriften regelmäßig erfasst werden.

Literaturverzeichnis

ÖBIG 1998: Ausgaben für Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich. Teil 1: Länderausgaben. BMAGS, Wien 1998 (unveröffentlicht)

ÖBIG 1999a

Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich. Teil 4: Ausgaben des Bundes. Mai 1999 (unveröffentlicht)

ÖBIG 1999b: Ausgaben für Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich. Teil 3: Ausgaben der Gemeinden. BMAGS, Wien 1999 (unveröffentlicht)

ÖBIG 1999c: Ausgaben für Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich. Teil 2: Ausgaben der Sozialversicherung. BMAGS, Wien 1999 (unveröffentlicht)

ÖBIG 2001

Präventionsausgaben. Öffentliche Ausgaben für Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich. Schriftenreihe des BMSG Originalarbeiten - Studien - Forschungsberichte. Wien 2001

ANHANG



ÖBIG

Fragebogen zur Erhebung der Ausgaben und Einnahmen für Prävention und Gesundheitsförderung in Österreich 2001. Länder

Landesregierung:

Abteilung:

Ansprechperson für allfällige Rückfragen:

Tel.:

E-Mail:

ERHEBUNGSGEGENSTAND:

Es sollen Ausgaben bzw. Einnahmen zum Themenbereich **Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2001** erfasst werden, die zur Gänze oder zu einem Teil vom Land finanziert wurden.

Prävention und Gesundheitsförderung sind primärer Zweck der Maßnahme. Wir ersuchen Sie daher, solche Aktivitäten **nicht zu berücksichtigen**, die sich zwar positiv auf die Gesundheit auswirken, deren primäre Zielsetzung jedoch nicht in der Erhaltung oder Verbesserung der Gesundheit liegt, wie z. B. Ausbau von Rad- und Wanderwegen, Jugendzentren, Erholungsaktionen, Abfallentsorgung. Auch Umweltschutzmaßnahmen wie Überprüfung von Luft-, Wasser- und Bodenqualität sollen nicht diesem Bereich zugeordnet werden. Zur Einordnung der Maßnahme sollte die Hauptzielsetzung herangezogen werden.

DEFINITION:

• Prävention

Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen oder von gesundheitsschädigendem Verhalten (= Primärprävention) | Blätter A1 - A3 (gelb)

Maßnahmen zur Früherkennung von bestehenden Erkrankungen oder von Risiken (= Sekundärprävention) | Blatt B (blau)

Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufes, Vermeidung von Rückfällen und Verringerung von Folgeschäden (= Tertiärprävention) | Blatt C (grün)

• Gesundheitsförderung

In dieser Erhebung werden unter Gesundheitsförderung Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, die Lebenswelt und die Lebenssituation von Bevölkerungsgruppen zu verbessern, wie z. B. „Gesunde Städte“, „Gesundheitsfördernder Betrieb“, „Gesundheitsförderndes Krankenhaus“... | Blatt D (rosa)

Frage 1: Wurden von Ihrer Abteilung im Jahr 2001 Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung entsprechend der vorgenannten Definition getätigt? Bitte kreuzen Sie an:

nein: Bitte senden Sie den leeren Fragebogen an uns zurück.

ja: Bitte beantworten Sie die weiteren Fragen.

Frage 2: Welche Ausgaben tätigte Ihre Abteilung zu den einzelnen Bereichen der Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2001? Bitte tragen Sie die Daten und Informationen in die folgenden Erhebungsblätter A-D (Seite 3 bis 8) ein.

Frage 3: Bitte schätzen Sie, wie viele Bedienstete Ihrer Abteilung (in Vollzeitäquivalenten) und in welchem Ausmaß mit Angelegenheiten der Prävention und Gesundheitsförderung beschäftigt sind? Z. B. 1 Vollzeitäquivalent zu 10 % = 4 Stunden pro Woche bezogen auf eine 40-Stunden Woche

Anzahl in Vollzeitäquivalenten	zu % für Prävention und Gesundheitsförderung	aus Verwendungsgruppe ...

Vollzeitäquivalent: Die Umrechnung von Personen in Vollzeitäquivalente erfolgt auf Basis der gesamten Wochenarbeitszeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Berufs-/Verwendungsgruppe bezogen auf eine 40-Stunden-Woche. So entsprechen beispielsweise 5 Beschäftigte, von denen drei je 40 Wochenstunden und zwei 30 Wochenstunden tätig sind, 4,5 Vollzeitäquivalenten (Berechnung: $3 \times 40/40 + 2 \times 30/40 = 4,5$).

Hinweise:

- Zur leichteren Handhabung können Sie die Fragebögen auch als Word-Datei bei Frau **Silvia Laskaridis**, Tel.: 01/51 561-165, E-Mail: laskaridis@oebig.at anfordern.
- Für allfällige Rückfragen bezüglich des Fragebogens stehen Ihnen Fr. **Mag. Claudia Habl** (Tel.: 01/51 561-161, E-Mail: habl@oebig.at) oder Fr. **Mag. Eva Schnabel** (Tel.: 03457/3643, E-Mail: schnabel@oebig.at) jederzeit gerne zur Verfügung.
- Bitte senden Sie den Fragebogen **bis spätestens 17. Juni 2003** (auch wenn es sich um eine Leermeldung handeln sollte) an das

ÖBIG (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen)
z. Hd. Frau Silvia Laskaridis
Stubenring 6
A 1010 Wien

Sollten Sie über Broschüren zu Projekten oder über sonstige Informationen zu den erhobenen Leistungsbereichen verfügen, so wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie diese beilegen könnten.

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE KOOPERATION!

ERHEBUNGSBLATT A1: Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen und gesundheitsschädigendem Verhalten (Primärprävention) im Jahr 2001

1. Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Lebensweise bzw. zur Verhinderung von Krankheiten								
Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001			Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf			
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers			
				in €	von (z. B. Bund)			
Bewegung								
Ernährung								
Zahngesundheit								
Herz-Kreislauf-Prävention								
Krebsprävention								
Psycholog. Beratung (z. B. Kinder- u. Jugend-psycholog. Beratungsstellen)								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Summe Ausgaben/Einnahmen			-					-

Legende:

- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hierzu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne

ERHEBUNGSBLATT A2: Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen und gesundheitsschädigendem Verhalten (Primärprävention) im Jahr 2001

2. Maßnahmen zur Vermeidung von Suchtkrankheiten									
Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001				Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf				
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers		sonstige Erlöse in €		
					in €	von (z. B. Bund)			
Drogen									
Alkohol									
Rauchen									
Allgemeine Suchtprävention									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Summe Ausgaben/Einnahmen			-					-	-

Legende:

- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hierzu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne

ERHEBUNGSBLATT A3: Maßnahmen zur Vermeidung von Erkrankungen und gesundheitsschädigendem Verhalten (Primärprävention) im Jahr 2001

3. Maßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten								
Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001			Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf			
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers			
				in €	von (z. B. Bund)			
Impfungen (z. B. Impfkonzept, Impfprogramme - außer TBC)								
TBC (Impfungen, Beratung)								
AIDS								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Sonstiges: z. B.								
Summe Ausgaben/Einnahmen			-				-	-

Legende:

- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hierzu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne

ERHEBUNGSBLATT B: Maßnahmen zur Früherkennung von bestehenden Erkrankungen und Risiken (Sekundärprävention) im Jahr 2001

Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001			Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme	
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf				
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers				sonstige Erlöse in €
					in €	von (z. B. Bund)			
Untersuchungen Mutter-Kind-Pass									
Neugeborenencreening									
Schulärztliche Untersuchungen (inkl. Jugend- und Schulzahnkliniken)									
Seh- und Hörtests									
Krebsfrüherkennung									
Sonstige Vorsorgeuntersuchungen (z. B. Gesundenuntersuchung)									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Summe Ausgaben/Einnahmen			-				-	-	

Legende:

- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hiezu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne

ERHEBUNGSBLATT C: Maßnahmen zur Verzögerung des Krankheitsverlaufs, Vermeidung von Rückfällen und Verringerung von Folgeschäden (Tertiärprävention) im Jahr 2001

Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001				Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf				
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers		sonstige Erlöse in €		
					in €	von (z. B. Bund)			
Rehabilitationsmaßnahmen									
Patienteninformation (Beratung und Schulung von Patienten)									
Selbsthilfegruppen									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Summe Ausgaben/Einnahmen			-					-	-

Legende:


- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hierzu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne

ERHEBUNGSBLATT D: Gesundheitsförderungsmaßnahmen zur Gestaltung der Lebenswelt von Bevölkerungsgruppen im Jahr 2001

Themenbereiche	Ausgaben 2001			Einnahmen 2001			Maßnahmen-träger	Art der Maßnahme	
	Gesamt in €	davon		Gesamt in €	aufgeteilt auf				
		Förderungen in €	Förderungs-empfänger		Transfers				sonstige Erlöse in €
					in €	von (z. B. Bund)			
Gesunder Kindergarten									
Gesunde Schule									
Gesunde Gemeinde / Stadt									
Gesundheitsfördernder Betrieb									
Gesundheitsförderndes Krankenhaus									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Sonstiges: z. B.									
Summe Ausgaben/Einnahmen			-				-	-	

Legende:

- Ausgaben: Gesamt = Ausgaben (inklusive Investitionen, laufende Ausgaben, Förderungen) ohne Personalaufwand des Landes - hiezu siehe Frage 3 auf Seite 2
- Förderungen: Finanzmittel, die als Subventionen oder Beiträge an z. B. Vereine, Sozialversicherung oder Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden) vergeben werden. Wenn möglich, bitte um Angabe des jeweiligen Förderungsempfängers.
- Einnahmen: Gesamteinnahmen für diesen Themenbereich - wenn zuordenbar. Wenn möglich: Bitte um Aufteilung der Gesamteinnahmen nach Transfers und sonstige Erlöse
- Transfers: Transaktionen zwischen Gebietskörperschaften, z. B. seitens des Bundes, des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
- Sonstige Erlöse: z. B. Tagungsbeiträge, Gebühren, Leistungserlöse
- Maßnahmenträger: Welche Organisation/Institution (z. B. Land, Verein, Sozialversicherung, Stadt, Gemeinde,...) führt die Maßnahme(n) durch?
- Art der Maßnahme: z. B. Tagungen, Kurse und sonstige Bildungsmaßnahmen; Finanzierung einer Beratungsstelle; Informationsfolder; Kampagne



In den letzten Jahren gewannen präventive und gesundheitsfördernde Aktivitäten in Österreich an Bedeutung. Die vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen nun bereits zum zweiten Mal durchgeführte Studie belegt, dass die von der öffentlichen Hand getätigten Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung von 1996 bis 2001 um 30 Prozent gestiegen sind. Dies steht sicherlich auch in Zusammenhang mit einer stärkeren politischen und gesellschaftlichen Besetzung des Themas Prävention und Gesundheitsförderung.

**Bestelltelefon:
01/711 00-4700**